

(A) Beginn: 10.06 Uhr

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 16. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und begrüße Sie recht herzlich. Mein Gruß gilt auch den Besuchern auf der Tribüne und den Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich zwölf Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden im Protokoll festgehalten.

Lassen Sie mich zwei Anmerkungen machen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten! Hinsichtlich der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten darf ich Sie darauf hinweisen, daß in der Zeit von 12.30 Uhr bis 13.30 Uhr keine Abstimmungen stattfinden. Diese Regelung, meine Damen und Herren Kollegen, findet nur für die heutige und die morgige Sitzung Anwendung; am Freitag gilt sie nicht.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, ist der langjährige Leiter des Katholischen Büros, Herr Prälat Dr. Fillbrandt, verstorben. Aus diesem Anlaß findet heute um 18.00 Uhr ein Trauergottesdienst statt. Den Damen und Herren Abgeordneten dieses Hohen Hauses sollte Gelegenheit gegeben sein, daran teilnehmen. Aus diesem Grund wird es in der Zeit von 17.45 Uhr bis 19.15 Uhr keine Abstimmungen geben.

(B) Falls die Beratungen bis dahin so weit fortgeschritten sind - wir haben ja vor, heute die Beratungen und Abstimmungen bis zum Einzelplan 06 einschließlich durchzuführen -, daß lediglich noch eine Abstimmung aussteht, würde diese Abstimmung zum Einzelplan 06 morgen gleichzeitig mit der Behandlung des Einzelplans 07 erfolgen. Wie wir heute vorgehen werden, wird sich erst im Laufe des Nachmittags herausstellen, da wir ohne Redezeitbegrenzung beraten.

Auf jeden Fall werden also zwischen 17.45 Uhr und 19.15 Uhr keine Abstimmungen stattfinden. - Dieses nur als Ergänzung zu den ausgedruckten Unterlagen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Ich rufe Punkt 1 auf:

(C) Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1986 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1986)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/452

Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/650

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 10/720
zweite Lesung

Mit Drucksache 10/790 liegt Ihnen ein Änderungsantrag vor, der in die Beratungen einbezogen werden wird.

Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung. Das Wort hat Herr Abg. Stump von der Fraktion der CDU.

Stump (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Gemeindefinanzierungsgesetz, das die Finanzzuweisungen des Landes an die 396 Gemeinden und Städte, an die 31 Kreise, an die Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland sowie an den Kommunalverband Ruhrgebiet regelt, wird vier Monate zu spät beraten und verabschiedet. Wenn die gesetzlichen Regelungen nach der heutigen Beratung am 13. März 1986 endgültig beschlossen werden, haben bereits alle Gebietskörperschaften des Landes ihre Haushalte beschlossen. Diese Nachlässigkeit der Landesregierung ist ein Zeugnis unerledigter Pflichterfüllung.

(Beifall bei der CDU)

Sie ist ein nicht entschuldbares Versäumnis der Regierung Rau. Die CDU erwartet, daß das Folgegesetz für 1987 noch in diesem Jahr eingebracht und beschlossen wird. Die Gemeinden, Kreise und Verbände haben einen Anspruch darauf, rechtzeitig die endgültige Gestaltung des Gemeindefinanzierungsgesetzes zu erfahren. Sie haben einen Anspruch auf zuverlässige Daten.

Meine Damen und Herren, die reklamierte Zuverlässigkeit des Landes ist aber nur dann gegeben, wenn die Steuerverbundmasse systemgerecht verteilt wird; dies ist seit Jahren nicht mehr der Fall.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie mir, daß ich Ihnen mehr Gehör verschaffe. - Ich bitte Sie herzlich, Kolleginnen und Kollegen, soweit das notwendig ist, Besprechungen draußen zu führen; die Lärmschwelle im Plenum ist unerträglich. Danke schön. - Sie haben das Wort!

(C)

(D)

(A) Stump (CDU): Die CDU fordert eine Reform des Gemeindefinanzausgleichs. Wir wünschen die Berufung - ich wiederhole dies erneut - einer parteipolitisch unabhängigen Expertenkommission. Sie soll uns ein Reformgesetz vorlegen, das langfristige Regelungen enthält, systemgerecht gestaltet ist und den Grundsätzen der Verfassung entspricht. Dem Drängen der Städte und Gemeinden nach Verlässlichkeit konnte die Regierung bis heute nicht gerecht werden. Solange dieser Zustand anhält, ist die Regierung Rau für die Kommunen kein zuverlässiger Partner.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion war mit ihren Anträgen zum Gemeindefinanzausgleich bemüht, im vorliegenden Gesetzentwurf ein Stück Gemeindefreundlichkeit und Systemgerechtigkeit zu verankern. Unter Verzicht auf andere Leistungen bot sie für ihre Anträge Deckungsvorschläge an. Sie stieß bei ihrem Willen auf die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion. Dieser Vorgang ist deshalb besonders zu kritisieren, weil noch vor wenigen Tagen der Innenminister erklärte - ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten aus einem Interview -:

Sollte bei den kommenden Parlamentsberatungen durch den Verzicht auf andere Leistungen eine Verbesserung möglich sein, so würde ich dies vor allem im Interesse unserer strukturbelasteten und finanzschwachen Gemeinden begrüßen.

(B)

Ich glaubte, als ich diese Aussage las, den früher gegen den Innenminister erhobenen Vorwurf des Papiertigers zurücknehmen oder einschränken zu müssen. Die CDU unterbreitete daher Anträge, die Kompromißbereitschaft signalisierten und eine Schadensbegrenzung zugunsten der Gemeinden zum Ziele hatten.

Die Enttäuschung war groß. Mit der Arroganz der Macht wurden alle Anträge von der SPD-Fraktion dieses Hauses abgelehnt. Der Innenminister selbst hat nicht an einer einzigen Beratung des Gesetzes teilgenommen.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Während sich verschiedene Kabinettskollgen im Laufe der Beratungen mit zusätzlichen Verbesserungen durchsetzen konnten, vermochte der Innenminister für seine Gemeinden nichts zu erreichen.

Der sogenannte Kommunalminister Schnoor tauchte während der Beratungen über den Gemeindefinanzausgleich ganz unter.

(Evertz (CDU): Unerhört! - Hört, hört! bei der CDU)

(C) Meine Damen und Herren, das zur Beratung anstehende Gemeindefinanzierungsgesetz enthält Regelungen, die auf eine breite Ablehnung stoßen. Gebietskörperschaften und die Institutionen wie Städte, Gemeinden, Kreise, Landschaftsverbände, Städte- und Gemeindebund, Städtetag, Landkreistag, Verband der Kämmerer, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, Bund der Steuerzahler, Berufsverband der Bauindustrie und selbst der Deutsche Gewerkschaftsbund Nordrhein-Westfalen haben in unterschiedlichen Stellungnahmen bedeutende Regelungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes scharf kritisiert oder gar glatt abgelehnt.

Es ist somit nicht nur die lästige Opposition der CDU, die hier ihre Stimme erhebt, sondern es sind alle, die vom Gesetz über den Gemeindefinanzausgleich etwas verstehen und von diesem letztlich auch betroffen sind.

Damit wird deutlich: Die Regierung Rau hat in Sachen Gemeindefinanzausgleich alle gegen sich!

(D) Meine Damen und Herren, Kernpunkt des Streites ist der geringer gewordene Gemeindeanteil am allgemeinen Steuerverbund, den der Ministerpräsident den Gebietskörperschaften zur Finanzierung bürgernaher Aufgaben zur Verfügung stellen will. War der Anteil 1981 noch 28,5 %, so wurde er 1982 bereits auf 26,5 % und 1983 auf 25,5 % gesenkt. Mit der jetzt geplanten Senkung auf 23 % geht den Städten und Gemeinden des Landes eine weitere Milliarde DM verloren.

(Richtig! bei der CDU)

Insgesamt sind dies seit 1982, dem Zeitpunkt der ersten Verbundsatzsenkung, bis heute rund 2,5 Milliarden DM, die den Gemeinden jährlich vorenthalten werden.

(Hört, hört! bei der CDU)

Diese Entwicklung ist schlimm für die Städte und Gemeinden, aber auch, meine Damen und Herren, sehr, sehr teuer für die Bürger unseres Landes.

(Beifall bei der CDU)

Ganze Wellen von Steuererhöhungen, von Anhebungen bei Gebühren und Entgelten haben den Bürger in der Vergangenheit, bedingt durch die örtlichen Ratsbeschlüsse, getroffen. Sie wurden unter anderem erforderlich, damit die Stadträte, die vergeblich auf eine angemessene Finanzausstattung durch das Land warteten, ihren eigenen Stadt- bzw. Gemeindehaushalt ausgleichen konnten.

(Henning (SPD): Bei Gebühren, haben Sie eine Ahnung!)

(Stump (CDU))

- (A) Das Schlimme an dieser Entwicklung ist, daß die Räte vor Ort den Kopf für die miserable Finanzpolitik der Regierung Rau hinhalten müssen. Die Bürger schauen dann meistens zürnend auf die Stadt- und Gemeinderäte, denen sie vertrauensvoll die Zustimmung gegeben haben. Sie sehen in den Bürgermeistern die bösen Buben, die die Bekanntmachungen veröffentlichen müssen,

(Aigner (SPD)): Vergessen Sie bei Ihrer Analyse nicht die Bundesregierung!

und erkennen meistens nicht, daß die Verursacher dieser schlimmen Entwicklung in Düsseldorf am Kabinetttisch Rau zu suchen sind.

(Erneuter Zuruf des Abg. Henning (SPD))

- Herr Henning, Sie sollten mir doch zustimmen, Sie haben doch auch ein kommunales Mandat! Vor Ort diskutieren Sie bestimmt ähnlich, wie ich hier argumentiere.

Doch, meine Damen und Herren, die beklagte Vorgehensweise hat Methode und ihre Praxis eine vieljährige Tradition. Die Regierung Rau nimmt das Geld unserer Bürger dort, wo dieser meist andere für die Verursacher hält, und sie vertraut darauf, daß der Bürger das böse Spiel nicht durchschaut. Das nenne ich "spalten statt vereinen". Dieser Vorgang widerspricht auch meiner Auffassung von Anstand, Herr Ministerpräsident.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Die CDU lehnt die Senkung der Verbundquote von 25,5 % auf 23 % ab!

Meine Damen und Herren, ich weiß, daß das, was ich hier sage, der SPD nicht paßt. Gerade deshalb sage ich dies alles offen und frei, weil die kommunale Familie befürchten muß,

(Aigner (SPD)): So frei sagen Sie das ja gar nicht!

daß die Schuldenrakete des Landes die Bürger in unseren Gemeinden in den nächsten Jahren noch härter treffen wird.

(Dr. Dammeyer (SPD)): Haben Sie "Schuldenrakete" gesagt? - Und gleich fordern Sie noch mehr Ausgaben!

Ich meine, daß die dafür Verantwortlichen rechtzeitig genannt werden müssen. Wir werden dies unaufhaltsam tun, bis die Bürger unseres Landes merken, was hier vorgeht und

wer der eigentliche Verursacher der Bürgerbelastung ist. (C)

(Beifall bei der CDU)

Für die CDU steht fest: Die Regierung Rau schröpft die Bürger!

Es ist ein doch nicht mehr wegzudiskutierender Skandal, daß die Verschuldung des Landes nach der Regierungsübernahme durch Johannes Rau 1979 bei 31 Milliarden DM lag, am Ende dieses Jahres bei 90 Milliarden DM liegt und 1988 bei über 100 Milliarden DM liegen wird.

(Dr. Dammeyer (SPD)): Wenn es nach Ihnen geht, werden es noch viel mehr.)

- Sie sollten diese Zahlen einmal auf sich wirken lassen, denn sie sind ja nachvollziehbar. Der Zwischenruf bringt diesen Sachverhalt nicht in Ordnung.

(Dr. Dammeyer (SPD)): Aber Sie erzählen es uns auch nicht!

- Ich will Ihnen sagen, was daraus wird. Von 1979 an stieg folglich die Pro-Kopfverschuldung jedes Bürgers dieses Landes von 1 818 DM bis heute auf 5 345 DM an.

Wer so mit dem Geld der Bürger umgeht, wer so die Gestaltungsspielräume für die nächste Zeit einengt, wer dann die Städte und Gemeinden, in der Folge die Bürger unseres Landes zur Kasse bittet, der sollte darüber nachdenken, ob er überhaupt der landespolitischen Aufgabenstellung gewachsen ist. (D)

(Zustimmung bei der CDU)

Da finde ich es schon anerkennenswert, wenn der Finanzminister des Landes, Herr Posser, in seltener Offenheit öffentlich seinen SPD-Kollegen schriftlich und beschwörend zugleich erklärt - ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten -:

In der Summe aller dieser Entwicklungen auf der Einnahme- und Ausgabenseite ergibt sich, daß wir seit Anfang der 80er Jahre Jahr für Jahr etwa 3 bis 4 Milliarden DM weniger Neuverschuldung hätten auf uns nehmen dürfen, als wir das tatsächlich getan haben.

(Wilbusse (SPD)): Ihr wollt sie doch noch höher bringen!

Diese hier beschriebene, weitgehend hausgemachte Verschuldung, Herr Kollege Wilbusse - vom SPD-Fraktionschef, Ihrem Chef, ebenso

(Stump (CDU))

- (A) als finanzpolitischer Skandal deklariert, wie man im Pressespiegel nachlesen konnte - ist das Ergebnis einer langjährigen SPD-Herrschaft, für die einzig und allein Herr Rau die Verantwortung trägt.

(Beifall bei der CDU - Wilmbusse (SPD): Sie haben doch Anträge auf höhere Schulden gestellt!)

- Es ist derselbe Ministerpräsident, der in der Regierungserklärung am 4. Juni 1980 versprach, daß er die Leistung des Landes an die Gemeinden mit der allgemeinen Entwicklung der Landesausgaben Schritt halten lassen wolle.

Meine Damen und Herren, wiederholt wird diese Symmetrie im jetzt vorgelegten Finanzplan 1985 bis 1989, wo es heißt, daß das Land auch künftig auf eine gleichmäßige Finanzentwicklung von Land und Gemeinden achten werde.

Den honorigen Worten von damals folgte der uns bekannte Wortbruch des Ministerpräsidenten.

(Wilmbusse (SPD): Wortbruch?)

Diese neue Zusage, die wir jetzt im Finanzplan nachlesen können, ist für uns nicht glaubwürdig.

- (B) Der Landeshaushalt wurde von 1980 bis heute um 11,5 % gesteigert. Die Zuweisungen des Landes an die Gemeinden sanken unter das Niveau der Zuweisung von 1980. Höhere Kreditaufnahmen und die Bewältigung enormer Preis- und Gehaltssteigerungen hatten die Gemeinden in der Zeit von 1980 bis heute zusätzlich zu verkraften. Der Mitnahmeeffekt der Kreise und Landschaftsverbände kostet die Gemeinden in diesem Jahr noch einmal zusätzlich bis zu einer halben Milliarde DM. Hohe Defizite begleiten weiterhin die kommunale Haushaltswirtschaft vieler Städte und Gemeinden.

Dem Ergebnis einer CDU-Umfrage zufolge liegen die Defizite der Gebietskörperschaften 1986 in der Größenordnung von rund 750 Millionen DM. Wer anlässlich einer solchen Entwicklung von einer Konsolidierung der Kommunal Finanzen spricht, der hat den Überblick verloren!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Der Innen- wie auch der Finanzminister des Landes betonen bei jeder Gelegenheit die Gemeindefreundlichkeit der Landesregierung. Die Wieder-

holung dieser Behauptung darf nicht länger unwidersprochen bleiben, weil die Aussage falsch ist. Richtig ist vielmehr, daß als Folge der Zuordnung vieler Kompetenzen die Gemeinden ein breites Aufgabenfeld wahrzunehmen haben, reglementiert durch eine Flut von Erlassen, Verordnungen und Richtlinien. Die angemessene Finanzausstattung zur Wahrnehmung dieser Ausführungskompetenz findet aber nicht statt. Damit wird in drastischer Weise deutlich: Die Regierung Rau ist gemeindefeindlich!

(Zustimmung bei der CDU - Wilmbusse (SPD): Eine Sprechblase an der anderen!)

Die Mittelknappheit des Landes, aber auch der notwendige Sparkurs der Gemeinden haben ständig zu einer Verringerung der Investitionen beigetragen. Da die öffentlichen Haushalte für die Bauindustrie und für das Baunebengewerbe lebenswichtig sind, ist es gerade in Nordrhein-Westfalen zu einem bundesweit nicht vergleichbar starken Einbruch im Baubereich gekommen. Wen wundert dies bei dem Rückgang der öffentlichen Investitionen als Folge einer maroden Finanzpolitik der Regierung Rau!

In Kenntnis der Entwicklung landet der Finanzminister einen einmaligen Flop: Er suggeriert der Öffentlichkeit, daß er mit der Bereitstellung von zusätzlich 100 Millionen DM der angeschlagenen Bauwirtschaft helfen will. Gleichzeitig versichert er, daß mit diesem Betrag rund 11 000 Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen werden - so jedenfalls seine Äußerung in der Presse.

Dieser Zynismus ist nicht mehr zu überbieten: Da kürzt das Land allein in diesem Jahr die Gemeindezuweisungen um 1 Milliarde DM, also um rund 10 %, gewährt als Folge der Steuerzuwächse, für die Posser gar nichts kann, den Gemeinden 100 Millionen DM nachträglich und spricht dann von Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzschaffung in Nordrhein-Westfalen!

Zynismus ist das deshalb, weil Herr Posser bewußt den Tatbestand unerwähnt läßt, daß mit dem Entzug von rund 1 Milliarde DM Gemeindemittel auf der Grundlage seiner Berechnungsmethode über 100 000 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft gefährdet bzw. vernichtet werden. So unglaublich es klingt - es ist wahr, und der Finanzminister rechnet es uns vor: Die Regierung Rau vernichtet zahlreiche Arbeitsplätze im Lande Nordrhein-Westfalen!

(Zustimmung bei der CDU)

(C)

(D)

(Stump (CDU))

- (A) Noch eine Erklärung zu der Zahl 100 Millionen! Dieser Betrag setzt sich aus 75 Millionen DM eines verbesserten Verbundbetrages und 25 Millionen DM aufgrund einer höheren Kraftfahrzeugsteuer zusammen. In beiden Fällen handelt es sich um einen Rechtsanspruch und nicht um ein Geschenk des Landesfinanzministers.

Was aber macht Herr Posser mit den 25 Millionen DM aus dem Kraftfahrzeugsteueraufkommen? Statt das Geld, wie es das Gesetz vorsieht, allen Gemeinden für die Unterhaltung der Straßen zur Verfügung zu stellen, weist er durch einen Haushaltsvermerk - ich sage wohl besser: durch einen Haushalts-trick - diesen Betrag ebenso der Investitionspauschale zu wie die bereits genannten 75 Millionen DM. So kommen dann die 100 Millionen DM Verbesserung zusammen!

Das macht der Finanzminister aber nicht uneigennützig. Obwohl die Haushaltsschwäche der Gemeinden in den Verwaltungshaushalten festzustellen ist, wird die Investitionspauschale gestärkt. Das hat wie in der Vergangenheit einzig und allein den durchsichtigen Grund, die Verfassungshürde des Artikels 83 zu nehmen, nachdem er diese Vorschrift nicht nur im vergangenen Haushaltsjahr, sondern auch schon 1981, 1982 und 1983 verletzte. - Das ist der wahre Grund der Operation!

- (B) Meine Damen und Herren, das sind Zahlentricks, das ist Flickschusterei und ein weiterer unglaublicher Eingriff in die kommunale Finanzautonomie.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn ich von Flickschusterei und Mißachtung der Systemgerechtigkeit spreche, dann wird dies unter anderem auch an der wechselnden Art der Ermittlung der Steuerkraftmeßzahlen deutlich. So werden seit 1983 Berechnungsgrundlagen jährlich neu gebastelt - mit der Folge einer gravierenden Umgestaltung des Finanzausgleichssystems unter Verletzung unserer Landesverfassung.

Mit der jetzt im Gesetz vorgesehenen 100%igen Finanzausgleichsregelung wird die nivellierende Wirkung in verfassungsbedenklicher Weise fortgesetzt. Das Gebot der Systemgerechtigkeit wird durch Willkür, Übernivellierung, Beschneidung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts und durch gravierende Eingriffe in die Finanzautonomie ersetzt.

(Zustimmung bei der CDU - Wilmbusse (SPD): Glauben Sie das eigentlich selber?)

(C) Meine Damen und Herren! Ein weiterer Punkt, der Anlaß zu massiver Kritik gibt, ist die Heraufsetzung der fiktiven Hebesätze. In diesem Punkt der Auseinandersetzung wird seitens des Innenministers dem Vorwurf der Steuertreiberei immer wieder mit dem Hinweis begegnet, daß die Hebesätze nur eine rechnerische Größe im kommunalen Finanzausgleich darstellten. Das ist richtig und wird von der CDU nicht bestritten. Hier geht es aber um etwas ganz anderes: Wenn die Gemeinden ihre eigenen Einnahmequellen pflegen wollen, sind sie bei den Realsteuern gezwungen, die tatsächlichen über die fiktiven Hebesätze anzuheben, um sich auf diese Weise Einnahmen zu verschaffen, die bei der Berechnung des Gemeindefinanzausgleichs weitgehend unberücksichtigt bleiben. Das ist Steuertreiberei aufgrund des hohen Niveaus der fiktiven Hebesätze!

Das System des Gesetzes enthält auch einen psychologischen Effekt, der viele Gemeinden veranlaßt, die tatsächlichen Hebesätze den fiktiven anzugleichen.

(Aigner (SPD): In welchem Ausschuß sind Sie eigentlich?)

Bezeichnenderweise nannte der Finanzminister dieses Instrument auch ein Erziehungsinstrument. Auch das ist Steuertreiberei, ebenfalls zu Lasten unserer Bürger!

(D) Meine Damen und Herren, als Ergebnis einer CDU-Umfrage haben z.B. von den 373 kreisangehörigen Städten und Gemeinden, von denen 272 binnen zwei Wochen geantwortet haben, 102 Kommunen die Realsteuerhebesätze erhöht, um so die eigene Steuerkraft zu steigern. Beflügelt wurden die Kommunen zu diesem Handeln vor allem auf Grund der Kürzung der Gemeindezuweisungen. Das ist die Steuertreiberei, die ich anläßlich der ersten Lesung behauptet habe.

Zwischenzeitlich werde ich in meinen Vorwürfen bestätigt. Die CDU lehnt die Anhebung der fiktiven Hebesätze ab.

(Beifall bei der CDU)

Der wahre Grund, der zur Anhebung der Hebesätze geführt hat, liegt darin, einen Ausgleich für die verfassungswidrig erklärte Aufstockung II zu schaffen. Diese Regelung, wie sie jetzt im Gesetz vorgeschrieben wird, ist aber von Kurzatmigkeit geprägt. Sie verursacht verstärkt Unfrieden in der kommunalen Familie, ganz besonders zwischen den Kreisen und Landschaftsverbänden, hier auf Grund der Mitnahmeeffekte.

(Stump (CDU))

- (A) Ich höre immer wieder den Hinweis - Herr Kollege Wilmbusse hat dies im Fachausschuß auch getan -, die CDU wolle finanzschwachen Städten nicht helfen.

(Jawohl! bei der SPD - Wilmbusse (SPD): Beweisen Sie es doch!)

Lieber Herr Kollege Wilmbusse, daß dieser Vorwurf mehr als unsinnig ist, wissen Sie doch selbst. Würde Ihre Regierung, die Sie so intensiv stützen und für die Sie auch verbal in die Rolle des Verteidigers schlüpfen, diese Mittelkürzung um eine Milliarde DM zurücknehmen, ginge es allen Städten und Gemeinden in diesem Lande besser, insbesondere denen, die finanzschwach und finanzarm sind.

(Zustimmung bei der CDU - Wilmbusse (SPD): Sie wollen doch die Schulden nicht erhöhen!)

Vor allen Dingen: Perspektiven zur Entschuldung vieler Gemeinden vermittelt die Landesregierung auch nicht. Es fehlt einfach ein Entschuldungskonzept für jene Gemeinden, die aus eigener Kraft den Haushaltsausgleich nicht mehr schaffen können und daher dringend auf Hilfe angewiesen sind.

(Zurufe von der F.D.P.)

- (B) Sonderzuweisungen und Umverteilungen - hören Sie genau zu: Wir haben nur andere Wege vor, wir wollen ein gleiches Ziel, aber ein haushaltsgerechtes Ziel - helfen da nicht dauerhaft.

(Wilmbusse (SPD): Sie haben überhaupt keinen Weg!)

Sie belasten auch den Frieden in der kommunalen Familie. Wir erwarten von der Landesregierung ein solches Entschuldungskonzept, aber dann bitte auch mit Mitteln aus dem Landeshaushalt, dann aber auch bitte mit einer konkreten Aufgabenkritik des Landes. Nur so wird man hier einen Schritt weiterkommen.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wilmbusse?

(Stump (CDU): Bitte schön!)

- Bitte schön!

Wilmbusse (SPD): Herr Kollege, Sie sprechen davon, daß wir lediglich unterschiedliche Wege hätten, um zu einem gemeinsamen Ziel zu kommen. Dann zeigen Sie doch bitte einmal den Weg auf, den die CDU-Fraktion gehen will!

Stump (CDU): Herr Kollege Wilmbusse, das gemeinsame Ziel besteht darin, den Städten und Gemeinden zu helfen,

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wilmbusse (SPD): Wie denn?)

andernfalls hätten wir unsere Aufgabe im Ausschuß für Kommunalpolitik verwirkt, und ich würde aus dem Ausschuß austreten. - Punkt 1!

Punkt 2: Sie können doch nicht lächelnd hinnehmen, daß diese Landesregierung mit der Totalverschuldung gleichzeitig die Städte und Gemeinden als Reservekasse benutzt und seit 1982 permanent die Mittel kürzt. Das ist der Unterschied!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Für diese Politik hat die SPD-Fraktion zusammen mit der Regierung Rau die Verantwortung und nicht die CDU und nicht die F.D.P. in diesem Hause!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe und Unruhe bei der SPD)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch einmal eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wilmbusse?

Stump (CDU): Herr Präsident, ich bitte um Verzeihung. Ich möchte meine Rede fortsetzen.

(Zurufe von der SPD: Keine Antwort! - Lachen bei der SPD)

Wenn ich noch Zeit habe, dürfen Sie noch zehn Fragen stellen.

Meine Damen und Herren, wir erwarten ferner, daß die Bedarfskriterien für einen Gemeindefinanzausgleich überdacht werden. So ist auch der Arbeitslosenansatz bei der Bildung des Gesamtansatzes und nirgendwo anders zu berücksichtigen. Über einen Flächenansatz soll ebenso nachgedacht werden wie über einen Sozialansatz.

Die Berücksichtigung von Arbeitslosigkeit in der Investitionspauschale bedarf aber noch einer besonderen Betrachtung. Mit dem vorgegebenen Etikett soll öffentlich der Eindruck erweckt werden, als könne mit ihm in den finanzschwachen Städten, die eine hohe Arbeitslosenquote aufweisen, der Arbeitslosigkeit begegnet werden. Arbeitslosigkeit aber hat nichts mit der Finanzschwäche einer Gemeinde zu tun. So kommen jetzt Städte in den Genuß dieses Ansatzes, die zwar eine

(C)

(D)

(Stump (CDU))

- (A) hohe Arbeitslosigkeit haben, aber nicht unbedingt finanzarm sind. Überhaupt wird der Arbeitslosenansatz keine neuen Investitionen auslösen, zumal die Investitionspläne der Städte beschlossen sind. Finanzschwache Städte - und die sollen ja in den Genuß des Arbeitslosenansatzes kommen - werden allenfalls mit dem erhöhten Ansatz ihre Nettokreditverschuldung zurückfahren. Wenn hier mit dem Wort Arbeitslosenansatz Hoffnung verbreitet werden soll, so ist dieser Vorgang nichts anderes als ein Etikettenschwindel.

Das Ergebnis stellt aber auch deshalb nicht zufrieden, weil mit den Arbeitslostenzahlen aus dem Jahre 1984 gerechnet wird, obwohl die Zahlen von 1985 vorliegen. Es ist daher für die CDU-Fraktion unverständlich, warum die Regierung einem aktuellem Thema wie der Arbeitslosigkeit mit überholten Zahlen - genauer gesagt, mit alten Zahlen - begegnen will.

Diese Regierung handelt beim Finanzausgleich auch hier nicht mehr vom System, sondern nur noch von einem opportunen Ergebnis her. Unter Zuhilfenahme der Computer

(Wilmbusse (SPD): Wirklich dummes Zeug!)

wird das gewünschte Ergebnis eingegeben, und daraus ergibt sich die Vorschrift. Sie können ja darauf eingehen, Herr Wilmbusse!

- (B) Diese Vorgehensweise halten wir für rechts-, wenn nicht sogar für verfassungswidrig.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz verursacht als Folge der Veränderung der Referenzperiode bei verschiedenen Gemeinden erhebliche Mindereinnahmen an Schlüsselzuweisungen. Ich habe namens meiner Fraktion auf diesen Sachverhalt am 22. Januar im Ausschuß für Kommunalpolitik hingewiesen und gleichzeitig um Lösungsvorschläge gebeten. Damals, Herr Kollege Wilmbusse, haben Sie mir ebensowenig zugehört, wie Sie dies jetzt tun.

(Wilmbusse (SPD)): Beantworten Sie erst einmal meine Zwischenfrage!

Die SPD-Fraktion erklärte, daß Sie nur ungern einer Änderung zustimmen würde. Schauen Sie ins Protokoll! Auch die danach befragten Ministerialbeamten boten keinen Lösungsweg für diese betroffenen Städte und Gemeinden an.

Um so mehr freut es uns, daß die SPD wenigstens in diesem Punkt der CDU und dem

Städte- und Gemeindebund - denn von dort kam eine wesentliche Initiative - gefolgt ist. (C)

(Wilmbusse (SPD): Wer hat denn den Antrag gestellt? Sie doch nicht! Sie haben sich doch nichts einfallen lassen!)

- Der Berechnungsmodus, den Sie vorgeschlagen haben, wird von uns akzeptiert. Das habe ich auch im Ausschuß gesagt. Es sollte doch auch einmal etwas gemeinsam gemacht werden können, oder wollen Sie nur Opposition hier erwarten? Doch nicht? Also!

(Oho! bei der SPD)

- Dann müssen Sie auch nicht "Oho" rufen, wenn ich darauf eingehe und sage, daß wir in der Berechnungsweise einer Meinung sind. Aber in der Vorgehensweise sind wir nicht einer Meinung, weil die rund 20 Millionen DM auch aus dem allgemeinen Steuerverbund herausgenommen werden, auf Kosten aller anderen Städte und Gemeinden.

(Wilmbusse (SPD): Woher sollen sie denn sonst genommen werden? - Beifall bei der CDU)

- Woher wir sie sonst genommen hätten, Herr Kollege Wilmbusse? - Unser Antrag betraf wenigstens die Erhöhung um einen Punkt. Aus dem Zuwachs der Verbundmasse wäre hier eine aufkommensneutrale Lösung zu schaffen gewesen, die den Städten und Gemeinden nicht in der Weise zugesetzt hätte, wie es jetzt bei diesem verkürzten Ansatz der Fall ist. (D)

(Wilmbusse (SPD): Gerade haben Sie gesagt, die Schulden seien zu hoch!)

Meine Damen und Herren, ich habe anläßlich der ersten Lesung des Gemeindefinanzierungsgesetzes zum Schluß meiner Ausführungen festgestellt: "Steuertreiberei und anti-beschäftigungswirksame Impulse kennzeichnen das Gesetz." Die Niederschrift hält als Reaktion fest: "(Lachen des Ministerpräsidenten Dr. Rau)"

Jetzt werde ich sogar durch den Innenminister bestätigt, der kürzlich in einem Interview erklärte, daß die Gemeinden ihre Haushaltsgestaltung nur durch Verzicht auf Investitionen sowie durch Hebesatzerhöhungen bei den Realsteuern bewältigen konnten.

Die ständige Kürzung der Gemeindefinanzen durch das Land hat zu einem erheblichen Rückgang der kommunalen Investitionen geführt. Die Bauwirtschaft hat die Folgen gespürt und wird sie weiter erleiden müssen.

(Stump (CDU))

- (A) Die ständig abnehmende Leistungsfähigkeit des Landes hat die öffentliche Hand als Auftraggeber und Impulsgeber verblissen lassen. Tausende von Arbeitsplätze wurden als Folge dieser miserablen Finanzpolitik vernichtet. Zahlreiche Gebühren und Entgelte wurden erhöht und die Steuerschraube als Folge der Schuldenpolitik Jahr um Jahr drastisch angezogen. Der Bürger zahlte bisher die Rechnung in Mark und Pfennig.

(Zustimmung des Abg. Elfring (CDU))

Genau diese Entwicklung wird mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 1986 fortgeführt. Im Klartext heißt das: Die Regierung Rau treibt weiterhin die Steuern nach oben und vernichtet weiterhin viele Arbeitsplätze im Lande Nordrhein-Westfalen. Wer gegen Steuersenkung ist, weiter die heimlichen Steuererhöhungen akzeptiert und selber die Voraussetzung zur neuen Steuertreiberei schafft, hat nicht den Bürger, sondern offensichtlich nur seine selbstgeschaffenen Probleme im Sinn.

(Aigner (SPD): Das nehmen Sie doch selbst nicht ernst, was Sie da erzählen!)

Das konjunkturhemmende und steuertreibende Gesetz hat daher der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen als Regierungschef ganz persönlich zu verantworten, und das sollten Sie Ihrem Regierungschef ruhig einmal sagen.

- (B) (Aigner (SPD): Sie sind ja blind wie eine Henne. Einäugig!)

Die CDU wird aus diesen Gründen das Gemeindefinanzierungsgesetz 1986 ablehnen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD hat Herr Abg. Scheepers das Wort.

Scheepers (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Stump, damit wir uns gleich richtig verstehen, damit man sofort weiß, wie man Ihre Ausführungen hier einzuordnen hat, möchte ich mit dem beginnen, was Sie an den Anfang Ihrer Rede gestellt haben. Herr Kollege Stump, es ist unerträglich, mitzuerleben, wie Sie hier die Landesregierung diffamieren, ihr Pflichtversäumnis vorwerfen, ohne sich bei Ihrer Fraktionsspitze zu erkundigen, warum der Haushalt erst jetzt verabschiedet wird.

(Zustimmung bei der SPD)

(C) Dies ist ein Verfahren, das die sozialdemokratische Fraktion nicht zulassen kann. Kommen Sie zurück zur Wahrheit und zur Klarheit, damit wir uns besser verständigen können!

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem die CDU-Fraktion monatelang versucht hat, mit Nebelkerzen und Donner schlägen die Öffentlichkeit über die Leistungen des Landes Nordrhein-Westfalen an seine Kommunen zu desinformieren, erscheint mit die zweite Lesung zum GFG 1986 als der richtige Zeitpunkt, noch einmal einiges klarzustellen.

(Evertz (CDU): Die Wahrheit sagen!)

- Es ist bestürzend, Herr Kollege Evertz, zu sehen, wie sich die CDU-Fraktion in den Stricken ihrer eigenen Propaganda und Parolen verfängt. Die notwendige, dringliche sachliche Auseinandersetzung findet nicht mehr statt. Statt dessen erleben wir von Sitzung zu Sitzung

(Zuruf des Abg. Kuhl (F.D.P.))

die reinsten Beschimpfungskanonaden ohne jegliche Alternative.

(Zustimmung bei der SPD)

(D) Wie hat es denn gelautet, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion? Wie waren denn die Ausführungen? Da war die Rede von "Geldschöpferei", vom "Kassenplündern", von "Steuertreiberei", vom Innenminister als "Papiertiger", vom "Würgegriff" der SPD-Fraktion, in dem sich die Gemeinden befänden. Herr Kollege Riemer sprach von "Verfälschung", "politischer Subkultur", "Finanzschieberei".

(Zuruf von der CDU: Jawohl! - Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Gerade vom Kollegen Riemer hätte ich etwas anderes erwartet; denn er ist doch wohl einer derjenigen gewesen, die maßgeblich die Entwicklung des Gemeindefinanzierungsgesetzes für Nordrhein-Westfalen zu verantworten haben.

(Evertz (CDU): Damals war er kein Abgeordneter; das war ganz anders!)

- Ich will Ihnen sagen, wie das aussieht, Herr Kollege Evertz. Dem Kollegen Stump ist - in keiner Sache, egal wie - hier im Plenum nichts zu plump. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis!

(Zustimmung bei der SPD)

(Scheepers (SPD))

- (A) Bisher hat die CDU-Fraktion jedenfalls nur deutlich gemacht, daß sie jedes wie auch immer gestaltete Gemeindefinanzierungsgesetz ablehnen will - und nur, weil die sozialdemokratische Mehrheit dieses GFG zu verantworten hat. Schon bei der ersten Lesung des Nachtragsgesetzes zum GFG 1985 hat Herr Kollege Stump das deutlich gemacht, nachzulesen im Plenarprotokoll 10/6 auf der Seite 226. Damals hat er gesagt, daß die CDU davon ausgehe, daß die Landesregierung keinen gerechten, zuverlässigen kommunalen Finanzausgleich schaffen werde.

(Schauerte (CDU): Recht hat er!)

Er hat diese Haltung in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs zum GFG 1986 bestätigt und seine Ablehnung ebenfalls deutlich gemacht, und gerade haben wir es wieder vernommen. Ich möchte Ihnen sagen: Einen zimperlichen Umgang mit diesem schwierigen Sachverhalt, wie ihn das Gemeindefinanzierungsgesetz darstellt, brauchen Sie sich wirklich nicht vorwerfen zu lassen!

Auch die SPD-Landtagsfraktion bedauert es natürlich,

(Wagner (CDU): Hört, hört!)

daß die Landeszuweisungen an die Kommunen im Jahre 1986 das Niveau von 1985 nicht halten können. Auf die einzelnen Gründe werde ich noch im speziellen eingehen.

- (B) Bei etwas nüchterner Betrachtung wird man hierin aber nicht den katastrophalen Untergang kommunaler Selbstverwaltung sehen können; denn die Gesamtleistungen des Landes an die Gemeinden innerhalb und außerhalb des Verbundes betragen nach dem Haushaltsentwurf unter Einbeziehung der zweiten Ergänzungsvorlage im Jahre 1986 knapp 13,3 Milliarden DM; dem stehen 13,4 Milliarden DM im Jahre 1985 gegenüber. Das ist ein Rückgang von genau 146,7 Millionen DM oder von knapp über 1 %. Bei über 13 Milliarden DM Gesamtzuweisungen und einem Rückgang um 1 % will die Opposition uns und dem Bürger weismachen, die Lage habe sich gegenüber 1985 dramatisch verschlechtert.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Wagner (CDU))

Das ist, wie Sie sich auszudrücken pflegen, ein schlechter Witz, Herr Kollege Stump.

Das GFG 1986 wird dem Grundsatz der Kontinuität noch gerecht. Das wird besonders deutlich an der Tatsache, daß innerhalb des Steuerverbundes die allgemeinen Finanzauswei-

sungen im Jahre 1986 wieder die gleiche Höhe wie im Jahre 1985 erreichen sollen. Sie werden damit erneut die höchsten in den letzten zehn Jahren sein. Herr Kollege Wagner hat in der ersten Lesung diesen Tatbestand zwar bestritten und behauptet, wir hätten im Jahre 1980 darüber gelegen. Aber, Herr Kollege Wagner, das ist falsch und das war falsch. 1980 lag die Schlüsselmasse bei 5,99 Milliarden DM, 1986 liegt sie bei 7,2 Milliarden DM.

Gerade dann, wenn man die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen über mehrere Jahre verfolgt, stellt man fest, daß hier, wenn auch mit leichten Wellenbewegungen, im Laufe der letzten fünf, sechs Jahre immer noch ein Zuwachs für die Gemeinden zu verzeichnen war. Natürlich wäre mehr wünschenswert und für die Kommunen auch notwendig gewesen. Das ist angesichts der steigenden Personal- und Sachkosten unbestreitbar; aber ebenso wenig ist bestreitbar, daß die jeweils maßvollen Kürzungen der Landeszuweisungen in den letzten Jahren kein sozialdemokratischer Willkürakt gegenüber den Gemeinden waren, sondern nur die Zwangslage widerspiegeln, in der sich das Land aufgrund seiner äußerst angespannten Haushaltslage immer noch befindet.

(Stump (CDU): Selbst verschuldet!)

Allerdings scheut sich die Opposition, sich mit den vielschichtigen Ursachen dafür auseinanderzusetzen. Die CDU-Landtagsfraktion ist nicht der Vertreter nordrhein-westfälischer Interessen hier im Landtag, sondern nur Statthalter der Bonner Regierungskoalition in Düsseldorf.

(Zustimmung bei der SPD - Schauerte (CDU): Pfu!)

Die CDU ist ein Statthalter ohne eigenes Profil. Dies hat ihr doch Ihr Kollege Pützhofer am 19. Oktober 1985 in der "FAZ" indirekt auch vorgeworfen.

(Hört, hört! bei der SPD)

Daß Nordrhein-Westfalen von Bonn benachteiligt werde, und zwar nicht nur im Länderfinanzausgleich, hat ebenfalls Herr Pützhofer Mitte März dieses Jahres mit einem weiten Presseecho gesagt. Trotzdem bewegt sich, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, bei Ihnen nichts. Sie sind nicht fähig, sich aus den Verstrickungen der Vergangenheit zu lösen.

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU)

(C)

(D)

(Scheepers (SPD))

- (A) Es reicht nicht aus, der erstaunten Öffentlichkeit vorzurechnen, die Kommunen würden bei einem unveränderten Verbundsatz von 28,5 % im Jahre 1986 Anspruch auf 2,1 Milliarden DM mehr haben. Wer aus der Landeskasse etwas herausnehmen will, muß vorher auch etwas hineintun.

(Zurufe von der CDU: Allerdings!
- Lachen bei der F.D.P.)

Der Schlüssel für die Einnahmeseite des Landes Nordrhein-Westfalen im Landeshaushalt liegt aber eindeutig und unbestritten nicht in Nordrhein-Westfalen, sondern allein in Bonn.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abg. Nagel (CDU))

Das Land hat auf die eigenen Einnahmen überhaupt keinen Einfluß; wie oft muß Ihnen das denn noch gesagt werden.

(Erneute Zustimmung bei der SPD)

Den hat vielmehr die Bonner Regierungskoalition, und sie hat ihn zu Lasten des Landes und seiner Gemeinden ausgeübt.

(Ruppert (F.D.P.): Das ist doch Unsinn!)

- (B) Selbst unter Berücksichtigung des erhöhten Länderanteils an der Umsatzsteuer belaufen sich die Mindereinnahmen des Landes aus den drei Entlastungsgesetzen seit 1983 im Zeitraum von 1984 bis 1988 auf 9,1 Milliarden DM brutto und nach dem kommunalen Finanzausgleich netto immer noch auf über 7,5 Milliarden DM. Allein im Jahre 1986 ist ein Minus von knapp 2 Milliarden DM zu verzeichnen, das 1987 auf über 2 Milliarden DM und im Jahre 1988 auf über 3 Milliarden DM ansteigen wird. Das alles geschieht vor dem Hintergrund, daß Nordrhein-Westfalen schon seit Jahren im bundesstaatlichen Finanzausgleich ungerecht behandelt wird.

Allein für die Kohlelasten haben wir im Zeitraum von 1966 bis 1997 mit Zins und Zinseszins bekanntlich eine Zusatzbelastung von 21,5 Milliarden DM zu tragen. 1986 ist dafür rund 1 Milliarde DM erforderlich. In dieser Situation und bei solchen Größenordnungen sollte man selbst von einer Opposition, die glaubt, sich um die nordrhein-westfälischen Belange weniger kümmern zu müssen, so viel Fähigkeit zu der Einsicht erwarten, daß das Land keine zusätzlichen Mittel für die Kommunen bereitstellen kann, ohne die notwendige Begrenzung der Nettoneuverschuldung aufzugeben.

(Zuruf des Abg. Wagner (CDU))

(C) Aber die Einsicht fehlt. Die CDU übt auch hier den sogenannten finanzpolitischen Dreisprung: Das Weniger auf der Einnahmeseite soll durch das Mehr auf der Ausgabenseite und die Verringerung der Nettoverschuldung ausgeglichen werden. Meine Damen und Herren, das, was Sie hier veranstalten, bezeichnet man als Dauerkarneval im Plenarsaal.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von CDU und F.D.P. - Dr. Pohl (CDU): Beleidigen Sie den Kölner Karneval nicht!)

Mit dem Notgeld, das Sie dafür drucken müßten, könnten die Gemeinden auch nichts anfangen.

Aber das ist längst noch nicht alles. Dieselben Gönner des kommunalen Finanzausgleichs, die den finanziellen Handlungsspielraum des Landes zugunsten der Kommunen einengen und gleichzeitig mehr Ausgaben fordern, belasten mit ihrer Steuerentlastungspolitik natürlich auch die Finanzausstattung der Kommunen direkt.

Die direkten Steuermindereinnahmen für die Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen belaufen sich im Zeitraum vom 1984 bis 1988 auf insgesamt 3,35 Milliarden DM,

(Schauerte (CDU): Und doch kriegen Sie mehr?)

(D) wozu im gleichen Zeitraum noch Minderungen im kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 1,6 Milliarden DM hinzukommen. Das ist eine Summe von fast 5 Milliarden DM.

(Erneuer Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

- Sie sind ja gleich an der Reihe, Herr Schauerte; verwahren Sie das für gleich. - Allein für das jetzt zur Debatte stehende Haushaltsjahr 1986 werden sich die direkten Mindereinnahmen der Kommunen durch die Steuerentlastungspolitik der Bundesregierung auf gut 1 Milliarde DM belaufen und im Jahre 1988 auf 2 Milliarden DM ansteigen.

Wenn man dann auf den Widerspruch zwischen den hiesigen Forderungen und der Bonner Politik aufmerksam macht, auf die intellektuelle Unehrlichkeit, die in ihren Aussagen herrscht und dahintersteht,

(Zuruf von der CDU: Unmöglich!)

kommt sofort das Totschlagsargument - wir haben es ja gerade des öfteren gehört -: Steuertreiberei!

(Zuruf von der CDU: Das ist ja auch richtig.)

(Scheepers (SPD))

- (A) Als ob es darum ginge, meine Damen und Herren! Es geht nur darum, daß man jede Mark nur einmal und jede nicht eingenommene Mark überhaupt nicht ausgeben kann.

Bei den gegebenen Vor- und Zukunftsbelastungsfaktoren ist leider nicht absehbar, wie sich die Leistungen des Landes im gemeindlichen Finanzausgleich derzeit verbessern könnten. Das Land kann den Kommunen nur im Rahmen seiner eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit einen angemessenen Finanzausgleich gewähren. Mehr sieht auch die Landesverfassung nicht vor.

(Weiterer Zuruf von der CDU)

- Hören Sie zu! - Land und Kommunen bilden insofern eine wirtschaftspolitische Schicksalsgemeinschaft.

Es wäre schon eine Hilfe für die Kommunen, wenn die Bundesregierung wenigstens ihre Zusage eingehalten hätte oder in Zukunft einhalten würde, bei allen Maßnahmen auf der Ausgabenseite auf die Finanzlage der Kommunen Rücksicht zu nehmen. Diese Zusage wird aber durch die finanzwirtschaftlich bedenkliche Entwicklung der kommunalen Sozialhilfeausgaben eindeutig widerlegt. Bundesgesetzliche Leistungsansprüche nach dem Bundessozialhilfegesetz müssen von den Kommunen erfüllt werden.

- (B) Auch die Kompensation durch Kürzungen bei freiwilligen Sozialleistungen hat einen überproportionalen Ausgabeanwuchs erscheinen lassen; aber das Gegenteil ist der Fall! Aus der sozialen Situation der Betroffenen ergab sich für alle Länder die Notwendigkeit, die unzureichenden Regelsätze für Hilfe zum Lebensunterhalt ab 1. Juli 1985 im Vergleich zur Entwicklung der Lebenshaltungskosten überproportional anzuheben. Allein in Nordrhein-Westfalen waren das 8,15 %.

Die zunehmende Belastung der Sozialhilfe durch die Dauerarbeitslosigkeit wurde durch die Änderungsgesetzgebung zum Arbeitsförderungsgesetz vom Bund noch verstärkt. Damit wird die kommunale Sozialhilfe zunehmend mit den finanziellen Folgen der Dauerarbeitslosigkeit belastet.

Im Jahre 1985 erhielten von allen Leistungsempfängern der Bundesanstalt für Arbeit nur 55,1 % das höhere Arbeitslosengeld und 44,9 % das niedrigere Geld der Arbeitslosenhilfe. Hier sind in vielen Fällen Zusatzleistungen aus der Sozialhilfe zu Lasten des kommunalen Etats zur Erreichung des Existenzminimums der Empfänger erforderlich. In den strukturbelasteten Kommunen stieg der Anteil der

- (C) Sozialhilfeleistungen an Arbeitslose auf über 10 % der gesamten kommunalen Sozialleistungen an, bei der Hilfe zum Lebensunterhalt sogar auf 30 % der Leistungen und mehr.

Diese unabwiesbaren Ausgaben drohen die Verwaltungshaushalte vieler Kommunen zu sprengen. Eine echte Entlastung ist auch in der Zukunft nicht in Sicht. Dabei sind die Steigerungsraten vor allem in den strukturbelasteten Städten dramatisch. So stiegen von 1981 bis 1984 die Sozialhilfekosten in Essen um 264 %, in Oberhausen, Herr Wagner, um 335 %. Das sind Belastungen, die von den Städten auf die Dauer nicht mehr verkraftbar sind.

Eine gemeindefreundliche Politik heißt deshalb: Gegensteuern bei der Massenarbeitslosigkeit! Einziger Beitrag der CDU, wie er auch in Bonn zu erkennen ist: Ankündigungen auf Verbesserungen in den nächsten Jahren.

Ein drohendes Unheil kündigt sich aus Bonn aber auch bei der Gemeindefinanzreform an. Offiziell gilt die sogenannte Bestandsgarantie des Bundeskanzlers für die Gewerbesteuer. Diese Garantie wird durch das tatsächliche Verhalten der Bundesregierung seit langem durchlöchert. Mein Kollege Wilbusse ist es gewesen, der schon in der ersten Lesung darauf ausführlich eingegangen ist. Nun wird aber mittlerweile für jedermann deutlich, daß sich die unionsregierten Länder im stillen auf die Seite der F.D.P. schlagen und sich - wohl im Interesse des Bonner Machterhalts - für die vollständige Abschaffung der Gewerbesteuer aussprechen werden. (D)

Dies wäre in der Tat für die Kommunalfinanzen eine Katastrophe, zumal als Ersatz keine eigene Gemeindesteuer mit eigenem Hebesatzrecht, sondern nur die Beteiligung an der Umsatzsteuer geplant ist.

Vielleicht kann man an dieser Stelle von der CDU im Landtag Nordrhein-Westfalen einmal ein Bekenntnis zur Gewerbesteuer hören. Vielleicht kann sich die CDU-Fraktion einmal dazu durchringen. Nicht nur Lippenbekenntnisse zugunsten der Kommunen und der kommunalen Selbstverwaltungen abzugeben, ist hier gefordert, sondern Taten wollen wir sehen!

(Beifall bei der SPD)

Die CDU hat in der ersten Lesung vornehm geschwiegen, und was wir bisher gehört haben, geht auch nicht in diese Richtung. Ich glaube, Sie trauen sich nicht, Aussagen zur Sache zu machen, weil Sie fürchten, sie nach der Bundestagswahl wieder zurücknehmen zu müssen.

(Scheepers (SPD))

- (A) Also wird es bei diesem Gemeindefinanzierungsgesetz bleiben, daß die CDU mit der - ich habe sie heute hier gar nicht gefunden, aber im Ausschuß ausschließlich vorgeschlagenen - Anhebung der Verbundquote auf 24 % mehr verspricht, als man von ihren unseriösen Deckungsvorschlägen halten kann.

Ich gehe, da ich in den Änderungen und Nachträgen zur zweiten Lesung nichts von einer Verbundsatzänderung finde, davon aus, daß die CDU diese auch nicht beantragen will. Ansonsten hätten wir gern etwas von Ihnen dazu gehört. Das würde beweisen, wie ernst es Ihnen mit Ihrem Argument im Ausschuß war, den Verbundsatz auf 24 Punkte anzuheben.

(Zuruf von der CDU: Sie haben gar nicht zugehört!)

Aber die Opposition richtet sich ja nach der Devise: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern? Das wird immer wieder auch an anderen Beispielen deutlich.

Den Deckungsvorschlag zu den beantragten 24 Prozentpunkten, den wir vermissen und den wir im Ausschuß gern gehört hätten, können wir nicht ernst nehmen. Für uns in Nordrhein-Westfalen sind die Steuereinnahmen des Jahres 1986 maßgeblich. Diese Einnahmen können auch nicht wahltaktische Wunschträume der CDU sein; bei der Steuerschätzung - auch in diesem Jahr - verlassen wir uns vielmehr auf den Bund-Länder-Arbeitskreis "Steuerschätzungen". Dessen Schätzungen sind ja in den vergangenen Jahren immer zu niedrig ausgefallen; daran müssen Sie, meine Damen und Herren von der CDU, sich ebenfalls erinnern lassen. Die Änderungen mußten nachträglich nach unten korrigiert werden.

(B)

Meine Damen und Herren, derselbe Kollege, Herr Stump, hat uns im Ausschuß noch eine andere Forderung unterbreitet, die er in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs und auch heute noch einmal kritisiert hat, nämlich, daß die Daten den Gemeinden zu spät bekannt geworden seien, daß sie also zu spät erfahren hätten, mit welchen Geldbeträgen sie rechnen könnten.

Abgesehen davon, daß diese Behauptung nicht richtig ist, führt der Vorschlag der CDU zumindest für den Teilbereich "Investitionspauschale" zwangsläufig dazu, daß die Zahlen den Gemeinden systemimmanent viel zu spät bekannt werden. Was gilt denn nun bei Ihnen: Hü oder hott?

Im Verlauf der Beratungen sind aber auch Gemeinsamkeiten deutlich geworden, die Sie vorhin als Ihren eigenen Antrag darstellen wollten. Es war im Prinzip jedoch ein Antrag unserer Fraktion, der zu einem einstimmigen Beschluß im Ausschuß für Kommunalpolitik geführt hat, der dabei von einer gemeinsamen Sorge getragen war. Die SPD-Landtagsfraktion hat im Ausschuß für Kommunalpolitik einen Änderungsantrag zu § 9 des GFG-Entwurfs 1986 eingebracht, den alle Fraktionen einstimmig beschlossen haben. Die beantragte Änderung des Gesetzentwurfs war durch die Verlegung der Referenzperiode auf den Zeitraum vom 1. Juli 1984 bis zum 30. Juni 1985 notwendig geworden. Diese Vorverlegung der Referenzperiode begrüßt die SPD-Fraktion ausdrücklich, weil sie es den Kommunen ermöglicht, schon bei Aufstellung ihrer Haushalte frühzeitig die auf sie nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz entfallende Steuerkraft zu berücksichtigen.

Allerdings hat diese Vorverlegung beim ersten Mal die unangenehme Auswirkung, daß das dritte Quartal 1984 sowohl im GFG 1985 wie auch im GFG 1986 bei der Ermittlung der Steuerkraft mit zugrunde gelegt wird. Dies hat in einzelnen Gemeinden, die im dritten Quartal 1984 außergewöhnlich hohe Einnahmen hatten, in der Tat zu Nachteilen bei den Schlüsselzuweisungen geführt; insgesamt handelt es sich hierbei um 19 Gemeinden unseres Landes. Durch den jedoch nunmehr im neuen Abs. 3 des § 9 eingeführten Härteausgleich werden die Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden verbessert, deren Steuerkraftmeßzahl bei Beibehaltung der alten Referenzperiode des GFG 1985 um mehr als 5 % niedriger ausgefallen wäre, und zwar durch Verringerung des Unterschiedsbetrages um 25 %, und für die Gemeinden, deren Steuerkraftmeßzahl in dem betreffenden Zeitraum um mehr als 10 % niedriger ausgefallen wäre, durch eine Verringerung des Unterschiedsbetrages um 50 %. - Wir gehen davon aus, daß hiermit eine Regelung gefunden wurde, die unbeabsichtigte und unvorhersehbare Härten ausgleicht, andererseits aber einen willkommenen Mitnahmeeffekt ausschließt.

Eine gemeinsame Sorge löst wohl auf allen Seiten des Hauses die Entwicklung der Umlagesätze bei den Umlageverbänden aus. Es wäre zu erwarten gewesen, daß die durch die Anhebung der fiktiven Hebesätze veränderten Umlagegrundlagen nicht zu Mitnahmeeffekten ausgenutzt worden wären, sondern zur Senkung der Umlagesätze geführt hätten.

(Zuruf des Abg. Stump (CDU))

(C)

(D)

(Scheepers (SPD))

- (A) Dies ist jedoch nach dem heutigen Stand der Dinge trotz eines frühzeitigen Erlasses des Innenministers, mit dem zur Einsicht gemahnt wurde, nicht der Fall.

Im Gegensatz zur CDU ziehen wir daraus aber nicht die Konsequenz, von der aus anderen Gründen notwendigen Anhebung der fiktiven Hebesätze abzusehen. Dies hieße nämlich, das Kind mit dem Bade auszuschütten oder zur Vermeidung von unerwünschten Nebenwirkungen das Hauptziel aus den Augen zu verlieren.

Hier und heute bleibt uns nur noch der Appell an die Einsicht der Kreise und der Landschaftsverbände. Die Umlageverbände sollten daraus nicht den falschen Schluß ziehen, Appelle von dieser Seite seien nur "zahnlose Rituale". Wir werden diese Entwicklung auf jeden Fall in unserer Fraktion sehr sorgfältig beobachten.

(Stump (CDU): Können Sie gar nicht!)

Gemeinsam beschlossen wurde im zuständigen Ausschuß aber auch noch die Änderung des § 25 Abs. 3 des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Hiernach können Aufgaben der Verkehrsberuhigung und der Beschleunigung des öffentlichen Personennahverkehrs auch aus Mitteln der Straßenbaulast finanziert werden, was bisher nicht möglich war. Wir begrüßen diese vom Verkehrsausschuß beschlossene Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums ausdrücklich.

(B)

Meine Damen und Herren! Um ein Fazit im ganzen zu ziehen: Es ist der Landesregierung und der Mehrheitsfraktion gelungen, insbesondere nach der Erhöhung der Investitionspauschale um real 98,6 Millionen DM, die haushaltspolitisch notwendigen Kürzungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz auf ein maßvolles Niveau zu bringen und die Gemeinden vor allem bei den wichtigen Schlüsselzuweisungen von jeder Kürzung auszunehmen.

Die hiermit zum Ausdruck kommende Kontinuität wird dadurch ergänzt, daß es gelungen ist, auch im Gemeindefinanzierungsgesetz 1986 den notwendigen Ausgleich zwischen finanzstärkeren und finanzschwächeren Gemeinden vorzunehmen. Es ist ja immer unsere Absicht gewesen, speziell nach dem Wegfall der Aufstockung II, den durch ihre Struktur belasteten schwächeren Gemeinden noch etwas in dieser Hinsicht zukommen zu lassen. Hierauf wird mein Kollege Hofmann gleich noch des weiteren eingehen.

Trotz der schwierigen Lage, meine Damen und Herren, in der sich das Land Nordrhein-

Westfalen vor allem aufgrund der Bonner Politik sieht, kann man mit dem vorliegenden Ergebnis weitgehend zufrieden, wenn auch nicht glücklich sein.

(C)

Die Gemeinden unseres Landes können damit leben, vor allem wenn man ihre gestiegene Steuerkraft mit in die Betrachtung einbezieht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Dr. Rohde für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem Ritual hätte es entsprochen, wenn unser kommunalpolitischer Sprecher, Horst-Ludwig Riemer, hier etwas zu den Einzelheiten des Gemeindefinanzierungsgesetzes aus der Sicht der F.D.P. gesagt hätte. Die Tagesordnungspunkte 1 und 2 lassen sich aber nicht künstlich aufspalten, sie gehören untrennbar zusammen, und deswegen spreche ich für die Fraktion der F.D.P. zum Gesamthaushalt.

Von den 14 Abgeordneten, die die F.D.P. stellt, sind 12 Abgeordnete neu im Landtag. Es mag sein, daß wir deshalb den Worten des Ministerpräsidenten geglaubt haben, der noch in seiner Regierungserklärung vom 10. Juni 1985 gesagt hat, er sei offen für Argumente und Vorschläge der Opposition. Er hat weiter wörtlich hinzugefügt:

CDU und F.D.P. sollen wissen, daß wir ihre Anregungen und ihre Kritik mit Aufmerksamkeit und Respekt aufnehmen werden.

(D)

In den Ausschüssen war davon nicht mehr die Rede. Was wir erlebt haben, war eine Abstimmungsguillotine. Unsere Anträge sind reihenweise niedergestimmt worden. Es gab keine ernsthafte Diskussion.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Es gab keine echte Bereitschaft zur Auseinandersetzung. Wenn ich an die Regierungserklärung vom 10. Juni 1985 und die darin vom Ministerpräsidenten eingenommene Haltung denke, fällt mir das Sprichwort ein: "Des Teufels Arme sind immer offen." Damit ist natürlich keine Person, sondern eine bestimmte Haltung gemeint.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das Abstimmungsergebnis stand für Sie, die Mehrheitsfraktion, ja von Anfang an fest. Das war wohl auch nicht anders zu erwarten,

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) nachdem Herr Kollege Dr. Farthmann als Fraktionsvorsitzender und Kontrolleur der Regierung an den Sitzungen des Kabinetts teilgenommen und als Kontrolleur der Regierung bereits zugesagt hat, ihren Kurs zu exekutieren. Aber dieses Ammenmärchen haben wir uns ja inzwischen abgeschminkt: daran zu glauben, das Parlament stehe der Regierung gegenüber. Es gibt nur die Opposition auf der einen Seite - CDU und F.D.P. -, auf der anderen Seite die Mehrheitsfraktion mit der von ihr gestellten Regierung, wobei Legislative und Regierung nicht mehr getrennte, sondern - zu unserem Leidwesen - vereinte Gewalten sind.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Offenheit war auch nicht zu erwarten, nachdem die SPD-Arbeitskreise aus Abgeordneten, Parteileuten und Ministerialen - die beiden letzten Gruppen sind nicht immer zu unterscheiden -

(Heiterkeit und Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

ihre Anregungen bereits in den Entwurf der Regierung eingebracht hatten. Das Ergebnis stand also von Anfang an fest, nämlich den Haushalt durchzuziehen, koste was es wolle. Und dieser Haushalt kostet tatsächlich viel, aber er taugt wenig.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

- (B) Mit seinen extrem hohen Schulden - bis Ende dieses Jahrzehnts über 100 Milliarden DM -, und fast 8 Milliarden DM Zinsen zieht er dem Land die Beine weg, das nicht mehr schnell genug laufen kann, um die Konkurrenz in den anderen Bundesländern einzuholen. Ich behaupte, daß der Haushalt in seinem Vollzug 1985 verfassungswidrig ist, weil die Kredite höher sind als die Investitionen, eine weitere Hypothek, für die der Finanzminister verantwortlich ist, weil er die Ausgaben nicht sorgfältig ermittelt hat.

Dieser Haushalt ist weiter mit schwarzen Kassen und Johannestürmen belastet, die der Landesrechnungshof zu Recht kritisiert hat. Der Persilschein, den gestern der Ausschuß für Haushaltskontrolle dem Finanzminister ausgestellt hat, ist deswegen doch nichts wert. Es wäre sinnvoller, wenn Sie den einzigen Antrag, den wir stellen werden, nämlich mit den schwarzen Kassen und Johannestürmen Schluß zu machen, durch Änderung des Haushaltsgesetzes unterstützen würden.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

(C) Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion! Sie haben den Haushalt durchgezogen, Sie haben von der Mehrheit Gebrauch gemacht. Das ist Ihr Recht. Aber weil das so ist, weil das Ihr Recht ist, sehen wir auch keinen Sinn mehr darin, uns weiter an dem Ritual zu beteiligen, die von Ihnen bereits in den Ausschüssen abgelehnten Anträge noch einmal ablehnen zu lassen. Wir werden uns nicht an einem solchen Spiel, dessen Ausgang schon feststeht, beteiligen; denn wir wollen keine Staatsschauspieler sein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir lehnen den gesamten Haushalt sowie die verschiedenen Einzelpläne mit Ausnahme der Einzelpläne des Landtags und des Landesrechnungshofs ab. Wir haben für uns die Konsequenz gezogen, Herr Ministerpräsident und Herr Kollege Dr. Farthmann, die sich selbstverständlich nur auf den Haushalt bezieht: Besser ein offener Feind als ein verstellter Freund.

Wir wollten einen konsequenten Konsolidierungskurs fahren, im Jahre 1986 1 Milliarde DM einsparen, bis 1990 die Nettoneuverschuldung auf Null bringen, um für die nächste Legislaturperiode, wenn wir wieder Verantwortung tragen, ohne neue Schulden auskommen zu können.

(Beifall bei der F.D.P.)

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Bonn ist die Wende der Haushaltspolitik gelungen, sicherlich auch über die Gewinne der Bundesbank, die Herr Farthmann immer anspricht. Aber auch Herr Lahnstein hat 1982 fast 11 Milliarden DM Bundesbankgewinne eingeharvestet.

Also Wende: Wachstum des Bruttosozialprodukts, hohe Exporte, anziehende Inlandsnachfrage, traumhafte Preisstabilität, Anstieg der Zahl der Beschäftigten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir in diesem Jahre unter 2 Millionen Arbeitslose kommen.

Natürlich haben wir noch riesige Probleme zu bewältigen, die Arbeitslosigkeit herabzudrücken. Aber dennoch hat die Wende Erfolg gebracht. Die Bundesrepublik befindet sich in einem soliden Aufschwung. Bonn hat uns vorgemacht, wie man die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen positiv ändern kann, wie man das Vertrauen der Wirtschaft zurückgewinnen kann, und Sie, Herr Finanzminister, sollten sich in Bonn dafür bedanken. Denn erfreulicherweise profitiert auch Nordrhein-Westfalen von dem in Bonn eingeleiteten Wirtschaftsaufschwung. Sie selbst,

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Herr Finanzminister, gehen ja davon aus, daß die Steuereinnahmen des Landes in diesem Jahr um 5,4 % steigen werden. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß die Steuereinnahmen mittelfristig noch stärker steigen werden. Allein für 1986 rechnen wir mit 700 Millionen DM Mehreinnahmen.

Man muß sich dann aber fragen, was die Landesregierung zu diesem wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen hat.

(Zuruf von der CDU)

Sie hat die Investitionen massiv zurückgefahren. Sie hat nicht die Kraft, den Haushalt wirklich zu konsolidieren. Wer einen Schuldenberg von zur Zeit über 83 Milliarden DM um weitere 7 Milliarden DM erhöht, der sollte das Wort Konsolidierung nicht in den Mund nehmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Mein Kollege Wolfram Dorn hat in der ersten Lesung deswegen zu Recht gesagt: Wer bei einer solchen Neuverschuldung von Konsolidierung spricht, der nimmt den Bürger auf den Arm.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Tatsächlich ist die Finanzlage des Landes katastrophal. Wegen Mexiko, Polen und Brasilien muß man den Mut haben, nun endlich die Spendierhosen auszuziehen, so schwer das im Einzelfall auch fallen mag.

(B)

Wir Freien Demokraten jedenfalls sind stolz darauf, eine Entschuldungskonzeption vorgelegt zu haben,

(Lachen bei der SPD)

die kurzfristig vorsieht: 1986 Einsparungen von über 1 Milliarde DM,

(Hunger (SPD): Erklären Sie die doch mal!)

mittelfristig Rückführung der Nettoneuverschuldung bis auf Null

(Hunger (SPD): Der größte Bluff!)

und langfristig, nach Ablösung dieser Regierung im Jahre 1990, daß das Land seinen Haushalt aus eigenen Mitteln finanzieren kann,

(Beifall bei der F.D.P.)

um etwas von dem gewaltigen Schuldenberg abzutragen und um wieder finanziellen Spielraum zu gewinnen.

(C)

(Zuruf von der SPD: 4 % in Schleswig-Holstein!)

Wir also haben unsere Hausaufgaben als Opposition gemacht. Wir haben eine klare Alternative zur Regierungspolitik aufgezeigt. Wir haben echte Sparvorschläge gemacht und uns damit - was Sie nicht getan haben - der öffentlichen Kritik, der Kritik der betroffenen Verbände und Organisationen gestellt.

Wir sind der Meinung, daß die Selbstdarstellung der Landesregierung überzogen ist. Ein Großteil der Steuerzahlergroschen finanzieren Broschüren mit einem milde lächelnden Minister auf Seite 2. Sie landen natürlich in irgendwelchen Amtsstuben ungelesen im Papierkorb. Zusammen mit der Einsparung des Magazins "Inhalt": Ersparnis 1,7 Millionen DM.

Wir halten es nicht für vertretbar, daß das Land zig Millionen in Gutachten und Forschungsaufträge steckt, ohne daß auch nur im Ansatz ein Konzept erkennbar wäre, auf welchen Gebieten denn ein besonderer Beratungsbedarf der Landesregierung besteht.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Ich denke, der Landesentwicklungsbericht hat gezeigt - und Herr Kollege Worms hat ja mehrfach darauf hingewiesen -, daß Sie sich mit Status-quo-Beschreibungen begnügen, Visionen für die Zukunft nicht entwickeln wollen. Dafür wollen wir kein Geld ausgeben.

(D)

Wir haben weiter vorgeschlagen, daß überflüssige Programme zur sozialen Technikgestaltung zu streichen. Ich denke, Sie sollten lieber die Chance neuer Technologien nutzen, statt aus Technologiefeindlichkeit den untauglichen Versuch zu machen, untaugliche Devisenstrategien zu erforschen. Hierbei würden Sie auch noch fast 19 Millionen DM einsparen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir halten es weiter für falsch, Mittel für die Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen wirtschaftsfernen Institutionen zuzuweisen. Wir sind für die gezielte Unterstützung von Ausbildungsbetrieben, um im Anschluß an die Ausbildung die Chance der Beschäftigung zu erhalten. Bei einer mindestens gleichen Zahl von Ausbildungsplätzen würde man so noch über 32 Millionen DM sparen.

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Ein weiterer Schwerpunkt unserer Kürzungsvorschläge liegt im Wohnungsbereich. Wir halten es einfach nicht für vertretbar, daß zunächst mit staatlichen Mitteln teure Heimaten gebaut werden, die viel zu teuer sind, weswegen der Staat ein zweites Mal mit Wohngeld unter die Arme greifen muß und, da auch dies noch nicht reicht, das Mißmanagement einiger gemeinnütziger Wohnungsgesellschaften durch den sogenannten Härteausgleich ein drittes Mal subventioniert. Einsparungen: 90 Millionen DM!

(Beifall bei der F.D.P.)

Ein weiteres Beispiel. Wir räumen der Umweltpolitik allererste Priorität ein und unterstützen Herrn Minister Matthiesen darin, feuchte Wiesen nach Möglichkeit zu erhalten. Nur kann es nach unserer Auffassung zur Erhaltung der bäuerlichen Kulturlandschaft angesichts der Verschuldung des Landes keine Lösung sein, in immer größerem Umfang eine feuchte Wiese nach der anderen aufzukaufen. Lassen wir lieber den Bauern ihr Land; entschädigen wir sie lieber dafür, daß sie ihr Land nur eingeschränkt nutzen können. Einsparung: fast 37 Millionen DM!

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich denke, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie brauchen noch genügend Geld für die Entschädigung bei der Festsetzung von Wasserschutzzonen. Sie sollten also in der Mehrheitsfraktion mit uns gemeinsam diesen Weg gehen. Aber Sie haben diesen Weg abgelehnt.

(B)

Also Kürzungen im Umfang von rund 211 Millionen DM! Ich klammere das Gemeindefinanzierungsgesetz aus; ich komme nachher darauf zurück. Dem stehen Erhöhungen in Höhe von rund 75 Millionen DM gegenüber.

Erstens: Wir in Nordrhein-Westfalen halten es für einen Skandal, daß immer noch in erheblichem Umfang Unterricht in den Schulen ausfällt, obwohl Hunderte von ausgebildeten Lehrern zur Verfügung stehen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Wir haben daher vorgeschlagen, im Rahmen eines Unterrichtssicherungsprogramms Lehrer mit Fächerkombinationen, in denen der Unterrichtsausfall besonders groß ist, vor allem als bewegliche Reserve vor Ort einzustellen und diese Lehrer gezielt zur Eingrenzung des Unterrichtsausfalls einzusetzen.

(Zuruf von der SPD: Keine Ahnung!)

Zweitens: Wir halten Mehrausgaben für die Wissenschaftsförderung für ganz wesentlich. Dazu gehören Mittel für die Verlängerung von Zeitarbeitsverträgen von besonders qualifizierten Wissenschaftlern;

(C)

(Zustimmung bei der F.D.P.)

dazu gehören weitere Mittel, um die Kürzung von insgesamt 165 Planstellen rückgängig zu machen.

Drittens: Wir haben eine Erhöhung der Zuschüsse an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und die Träger der freien Jugendpflege vorgesehen, um mehr - und das halten wir für erforderlich - unkonventionelle Maßnahmen zu unterstützen. Wir wollten Gelder für die Durchführung von sportmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen von Kindern und Jugendlichen einstellen. Wir wollten mehr tun für die Polizei - A 6/A 7 -, ebenso wie die Trennung der Stellenpläne - S und K sind die Stichworte. Wir wollten mehr tun für den Datenschutz.

Wir wollten mehr tun zugunsten freier Schulen, zugunsten regionaler Orchester und Musikschulen, zugunsten junger Künstler. Erhöhungsvorschläge also in Höhe von 75 Millionen DM!

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir hatten außerdem beantragt, die Quote im kommunalen Steuerverbund auf 24 % zu erhöhen - unser mit Abstand kostenträchtigster Antrag, für dessen Finanzierung wir geradegestanden haben. Wir hielten das für erforderlich, weil die erneute und massive Absenkung des Verbundsatzes den Lebensnerv der kommunalen Selbstverwaltung trifft.

(D)

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Aber auch hier stießen wir auf taube Ohren. Wir haben deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, aus Ihrem Abstimmungsverhalten die Konsequenz gezogen: Wir werden unsere Einzelanträge nicht wiederholen. Wir halten weder etwas davon, den Sparringspartner für die SPD zu spielen, noch hier einen parlamentarischen Scheinkampf auszuführen. Auch das Parlament ist uns dafür zu schade.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir legen aber Wert darauf, daß noch ein von uns gestellter Antrag nach der zweiten Lesung im Haushalts- und Finanzausschuß, wie vereinbart, behandelt wird, den wir gestellt haben, nämlich unser Antrag zur Änderung und Ergänzung des Haushaltsgesetzes. Das ist

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) für uns ein weiterer Prüfstein, wie ernst die Mehrheitsfraktion es mit der vielbeschworenen Haushaltskonsolidierung, mit der Ehrlichkeit gegenüber dem Parlament meint. Dieser Vorschlag sieht vor, aus allen nicht ausgeschöpften Ermächtigungen des abgelaufenen Haushaltsjahres Reste zu bilden, sie zu übertragen und solche Reste, für die keine rechtlichen Verbindlichkeiten bestehen, zur Hälfte auf die für denselben Zweck veranschlagten Ausgaben im Haushaltsplan 1986 anzurechnen. Wir errechnen daraus für 1986 allein eine Ersparnis in Höhe von 905 Millionen DM.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, auch unabhängig von dem Spareffekt ist die Beseitigung der Schattenhaushalte dringend erforderlich, um die Budgethoheit des Landtags wiederherzustellen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Schwarze Kassen der Regierung passen nicht in eine parlamentarische Demokratie.

Verehrte Kollegen, Herr Kollege Farthmann, vielleicht ist es möglich, daß alle Parteien im Landtag unseren Vorschlag unterstützen, zumal dieser im Ergebnis auf das hinausläuft, was der Finanzminister selbst im Kabinett vorgeschlagen hat - offenbar ist er aber an Herrn Kollegen Zöpel gescheitert -, nämlich einen Ist-Abschluß einzuführen wie beim Bund. Bonn und die anderen Bundesländer machen ja vor, wie man schwarze Kassen vermeiden kann, genau wie wir das hier vorschlagen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es wäre auch gut, wenn wir gemeinsam einen Weg fänden, unseren Vorschlag, auch die fortgeltenden Kreditermächtigungen auf den Kredithöchstbetrag des Jahres 1986 anzurechnen, zu unterstützen, um den Schattenkredithaushalt, den ebenso der Landesrechnungshof festgestellt hat, zu beseitigen. Ich meine, auch dieses Anliegen müßten alle Parteien unterstützen, ebenso gemeinsam dafür zu sorgen, daß der Landeshaushalt früher verabschiedet wird. Hier kann sich Herr Posser ein gutes Beispiel an Finanzminister Stoltenberg in Bonn nehmen, der den Haushalt immer vor dem Ablauf des Haushaltsjahres einbringt und den der Bundestag auch vor dem Beginn des neuen Haushaltsjahres verabschiedet.

(Zuruf von der CDU: Das ist ein tüchtiger Mann!)

(C) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Mut zur Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Gruppen, unter Verzicht auf Gefälligkeitspolitik, mit der Konzentration auf neue Anforderungen, die die anderen Bundesländer an uns richten, können wir es in Nordrhein-Westfalen schaffen. Wir, die F.D.P., haben einen Weg aufgezeigt, den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen zu konsolidieren. Wenn die Mehrheitsfraktion gegen uns gestimmt hat, dann stellen wir fest: Bezahlte Schuld ist die beste. Wir wollten durch unser Konsolidierungskonzept alte Schulden tilgen, um Spielraum für die Zukunft zu gewinnen, und "für die Zukunft" heißt: Gelder für junge Menschen zu verwenden, ist allemal besser, als sie der Neuen Heimat nachzuschmeißen.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Innenminister Dr. Schnoor.

Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit langem liegt nicht ein so ausgewogenes GFG vor, ein GFG, das so die Zustimmung findet, auch bei den Kommunen findet, wengleich öffentliche Kritik geäußert wird. Aber die Beteiligten wissen ganz genau, daß in dieser Situation dies das Optimum ist, was man für die Gemeinden herbeiführen kann.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Das glauben Sie doch selber nicht!)

(D) Ich kann ja verstehen, daß man in der zweiten Lesung krampfhaft Kritikpunkte sucht. Aber trotzdem sollten wir doch, wenn es um den Landeshaushalt geht, wenn es um das GFG geht, ein bißchen Sachlichkeit wahren, meine Damen und Herren.

Ich darf zunächst auf das eingehen, was Herr Kollege Rohde gesagt hat. Herr Kollege Rohde, Sie haben zum Gesamthaushalt gesprochen. Ich will jetzt nicht auf die Dinge eingehen, die meinen Haushalt 03 betreffen, Polizei usw., sondern ich möchte mich an die Absprache halten. Aber auf einiges darf ich doch direkt eingehen.

Sie sprechen bei den Resten von einer schwarzen Kasse.

(Zuruf von der F.D.P.: So ist das!)

Nun kann man sicher finanzwirtschaftlich, haushaltswirtschaftlich unterschiedliche Wege gehen. Es gibt gute Gründe dafür, den Ist-Abschluß zu nehmen und keine Reste zu

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) übertragen. Aber Sie können hier doch nicht von schwarzen Kassen sprechen, wenn es sachliche und gute Gründe gibt, die Restewirtschaft beizubehalten. Oder wollen Sie auch bei den Gemeinden, die nach dem GFG einen Anspruch auf das nicht Verauslagte haben, kassieren, wollen Sie das immer neu veranschlagen?

(Zuruf von der CDU: Das haben Sie doch schon getan! - Kuhl (F.D.P.): Wenn Sie doch einmal zuhören könnten!)

Sie sprechen, Herr Kollege Rohde, von der Abstimmungs Guillotine, mit der sachgerechte Anträge auch der F.D.P. abgelehnt worden seien. Dann nennen Sie aber bitte auch die Anträge, die Sie gestellt haben, und sagen Sie, wie das Abstimmungsverhalten dort gewesen ist. Im Ausschuß haben Sie den Antrag gestellt, den Verbundsatz zu erhöhen. Richtig, den Antrag kann man stellen. Aber auf die berechtigte Frage, wie Sie denn die Deckung herbeiführen wollen, haben Sie gesagt, darüber würden Sie an anderer Stelle sprechen, nicht im Kommunalpolitischen Ausschuß.

(Widerspruch bei der F.D.P.)

Und wenn dann ein solcher Antrag als unsolid abgelehnt wird, können Sie doch nicht sagen, das sei Abstimmungs Guillotine; das ist sachgerechtes Verhalten der Mehrheit.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Sie sagen hier --

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Innenminister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stump?

(Innenminister Dr. Schnoor: Ja, gerne!)

- Bitte schön!

Stump (CDU): Herr Minister, das, was Sie geschildert haben, ist richtig, aber mit dem Hinweis, daß ein Deckungsvorschlag im Haushalts- und Finanzausschuß unterbreitet wurde. Der Antrag ist wiederholt worden. Warum erwähnen Sie dann nicht den Antrag und die Deckung, die im Haushalts- und Finanzausschuß angeboten wurden?

(Henning (SPD): Da ist doch keine Deckung!)

Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Kollege Stump, ich setze mich im Augenblick mit dem

Vorwurf "Abstimmungs Guillotine" von Herrn Rohde auseinander. Das ist doch ein Vorwurf, gerichtet an die Mehrheit im Kommunalpolitischen Ausschuß, sie habe ohne sachliche Prüfung einen solchen Antrag abgelehnt. Diesen Vorwurf können Sie doch nicht aufrechterhalten, Herr Kollege Rohde. (C)

(Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Es ist doch so geschehen!)

Die Sozialdemokraten konnten doch gar nicht anders, als den Antrag abzulehnen.

(Widerspruch und Lachen bei F.D.P. und CDU)

- Natürlich! Ich werde Ihnen das auch so gleich begründen.

(Zuruf des Abg. Dr. Biedenkopf (CDU))

Dann sprechen Sie hier davon, Herr Rohde, es müßten endlich die Spendierhosen ausgezogen werden, die Nettoneuverschuldung müsse auf Null zurückgeführt werden. - Hervorragend, das würde ich auch gern, darin stimme ich Ihnen gern zu. Gleichzeitig stellen Sie einen Antrag auf Erhöhung des Verbundsatzes, der Mehrausgaben von 342 Millionen DM ausmacht. Nun haben Sie hier einen Deckungsvorschlag gemacht. - Einverstanden! Aber in welchem Verhältnis steht dieses denn zu Ihrer grundlegenden Feststellung, das Land habe sich zu stark verschuldet?

Das geht übrigens genauso an die CDU. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, können sich doch nicht auf der einen Seite hinstellen und sagen: Es wird mehr Steuereinnahmen geben; die Zinsen werden wohl nicht so wachsen - also haben wir Mehreinnahmen bzw. weniger Ausgaben! Es wäre wunderbar, wenn dies so eintreten würde. Ich will gar nicht darüber sprechen, ob das so eintritt. Sie können dann aber nicht anschließend dieses Geld, mit dem Sie das Land reichgerechnet haben, ausgeben - die Ausgaben sind dann sicher - und gleichzeitig davon sprechen, daß etwas mehr für die Konsolidierung des Landeshaushalts getan werden müsse. (D)

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der F.D.P.: Überhaupt nicht!)

Das ist sehr widersprüchlich, meine Damen und Herren. Diesem Widerspruch sind auch Sie erlegen, Herr Kollege Rohde.

Also: entweder die Spendierhosen ausziehen, Ihre Einsparungsvorschläge, die Sie gemacht

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) haben, ernsthaft stellen - ich verstehe, daß Sie sie hier jetzt nicht stellen --

(Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Das haben wir doch!)

- Meine Damen und Herren von der F.D.P., ich unterstelle einmal, alle Einsparungsvorschläge, die Sie gemacht haben, seien mehrheitsfähig, seien sachgerecht und wir würden Ihnen zustimmen. Das unterstelle ich einmal. Dann können Sie aber doch nur entweder sagen: Spendierhosen ausziehen und keine Mehrausgaben! Oder Sie müßten sagen: den Verbundsatz erhöhen! Eines von beiden geht doch nur. So, wie Sie sich verhalten, ist es doch widersprüchlich.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Innenminister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Worms?

(Innenminister Dr. Schnoor: Ja, gern!)

- Bitte!

Dr. Worms (CDU): Herr Minister, aufgrund Ihrer letzten Ausführungen frage ich Sie: Sind Sie jetzt bereit, dem Hohen Hause einmal zu schildern, warum Sie sich denn in diesen Zwängen, die Sie soeben ausgeführt haben, befinden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- (B) Dr. Schnoor, Innenminister: Ich befinde mich hier nicht in Zwängen, sondern in Zwängen befindet sich Ihre Fraktion, Herr Kollege Worms, und die F.D.P.

(Widerspruch und Lachen bei CDU und F.D.P.)

Ich mache Sie auf die Widersprüchlichkeit Ihres Verhaltens aufmerksam!

(Beifall bei der SPD)

So kann sich eine Opposition nicht verhalten.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Ruppert?

(Innenminister Dr. Schnoor: Ja, gerne!)

- Bitte!

Ruppert (F.D.P.): Herr Minister, merken Sie nicht, daß Sie sich hier argumentativ verheddern, und wollen Sie nicht bitte dem Parlament zugestehen, daß es nicht darum geht, den Verbundsatz zu erhöhen, sondern

daß Sie ihn um zweieinhalb Punkte senken und wir das abmildern wollen? (C)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dr. Schnoor, Innenminister: Sie, meine Damen und Herren, wollen 342 Millionen DM mehr an Landesausgaben - zugunsten eines guten Zwecks; das räume ich ein. Gleichzeitig stellen Sie sich hier hin und sagen: Die Landesregierung und die Landtagsmehrheit sollen die Spendierhosen ausziehen. Sie haben doch die Spendierhosen an und wissen nicht einmal, wie das bezahlt werden soll!

(Zuruf von der CDU: Sie verdrehen doch alles!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Innenminister, erlauben Sie eine letzte Zwischenfrage, die ich in diesem Zusammenhang zulassen würde. Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Worms?

(Innenminister Dr. Schnoor: Bitte schön!)

- Bitte schön!

Dr. Worms (CDU): Herr Minister, Sie haben doch soeben selbst gesagt, in dieser Situation sei das, was die Regierung und die Mehrheitsfraktion zu beschließen bereit sind, das Optimale. Das heißt, Sie begeben sich in eine Situation hinein.

(Zuruf von der SPD: Fragen!)

Nun frage ich Sie erneut: Sind Sie bereit, die Gründe aufzudecken, die besagen, warum sich unser Land, warum Sie sich, warum die Regierung sich in dieser Situation befinden und wie die Gründe im einzelnen aussehen?

Die zweite Frage! Vielleicht sagen Sie dem Hohen Hause einmal, warum der Finanzminister jenen Brief geschrieben hat, den wir hier im Plenum schon oft erwähnt haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dr. Schnoor, Innenminister: Der Finanzminister hatte diesen Brief unter anderem geschrieben, um den Kabinettsmitgliedern bei der Haushaltsaufstellung deutlich zu machen, daß Mehranforderungen tunlichst nicht gestellt werden sollten. Deshalb unter anderem hatte er diesen Brief geschrieben.

Ich will Ihnen aber noch etwas sagen, Herr Kollege Worms. Ich würde jetzt gern im Detail Ihre Fragen beantworten. Aber wir befassen uns mit dem GFG. Ich kann doch nicht den

(D)

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Gesamthaushalt abhandeln. Ich kann doch nicht die dritten Lesung hier im Detail vorwegnehmen, und zwar zum Gesamthaushalt.

(Wagner (CDU): Etwas Sinnvolles dürfen Sie immer sagen!)

Ich darf mich noch einmal an Herrn Kollegen Rohde wenden. Herr Rohde, Sie haben sich im Kommunalpolitischen Ausschuß auch gegen die Erhöhung der fiktiven Hebesätze gewandt. Sie als früherer Regierungspräsident wissen doch, daß die fiktiven Hebesätze dazu dienen, die allgemeinen Finanzzuweisungen so zu verteilen, daß die finanzschwachen Gemeinden mehr und die finanzstärkeren Gemeinden weniger an Schlüsselzuweisungen bekommen.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Sie kennen doch, Herr Kollege Rohde, die Probleme - ich nenne einmal einige aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf - in Oberhausen, Duisburg, Mönchengladbach. Oberhausen würde 5 Millionen DM weniger bekommen - genau sind es 4,9 Millionen DM -, Duisburg würde 10 Millionen DM weniger und Mönchengladbach 1,1 Millionen DM weniger bekommen.

(Schauerte (CDU): Und der ländliche Raum!)

- (B) Sie wissen doch, daß man dieses Ziel auf keinen Fall anstreben darf und daß Sie jedenfalls nicht von der Abstimmungsguillotine sprechen können, wenn die Sozialdemokraten solche Anträge ablehnen!

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Innenminister, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte?

(Minister Dr. Schnoor: Bitte schön, aber dann nicht mehr!)

Schauerte (CDU): Herr Minister, da Sie gerade Oberhausen und Duisburg erwähnt haben: Wollen Sie dann nicht auch fairerweise gleich dazusagen, daß durch diese Anhebung der fiktiven Hebesätze der ländliche Raum 150 Millionen DM an Finanzmasse verliert?

Dr. Schnoor, Innenminister: Ich will Ihnen aber hinzufügen, Herr Kollege Schauerte, daß durch diese Anhebung der fiktiven Hebesätze finanzschwache Gemeinden im ländlichen Raum ausgesprochen geschont werden und finanzschwachen Gemeinden das Notwendige gegeben wird. Ihr Antrag, Herr Kollege, führt nämlich dazu - ich nenne Ihnen einmal einige Zahlen -, daß zum Beispiel Münstereifel weniger, Blankenheim weniger, Dahlem weniger,

Mechernich weniger, Nettersheim, Schleiden, Weilerswist, Zülpich weniger bekommen - alles Gemeinden im ländlichen Raum, die strukturschwach sind. Die wollen Sie mit Ihrem Antrag schädigen, meine Damen und Herren!

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Kollege Stump hat hier gerügt, daß das GFG so spät vorgelegt worden ist.

(Weiss (CDU): Haben Sie schon einmal Gewerbesteuer gezahlt?)

Es ist richtig, daß es spät vorgelegt worden ist; aber er hat vergessen hinzuzufügen, daß die Termine für die Einbringung des GFG und für die Einbringung des Landeshaushalts vom Landtag, vom Ältestenrat, einstimmig festgelegt worden sind.

(Zuruf von der CDU: Vor der Wahl!)

- Vor der Wahl festgelegt worden sind! Das hat er vergessen zu sagen, meine Damen und Herren!

Ich möchte nur ganz kurz noch auf einige andere Dinge hier eingehen. Den Anträgen, die die Opposition gestellt hat, läßt sich auch nicht zustimmen.

Da ist zum einen die Frage der Verbundsatz-erhöhung, bei der auch immer Märchen erzählt werden. In diesem Zusammenhang ist immer die Rede davon, die Gemeinden hätten Milliardenbeträge verloren. Man kann eine solche Rechnung aufmachen; aber dann kann man auch die Rechnung aufmachen: Das Land Nordrhein-Westfalen hat in der Zeit von 1980 bis 1984 27,5 Milliarden DM weniger an Einnahmen gehabt, 27,5 Milliarden DM! Das muß sich dann doch wohl beim GFG niederschlagen. Das kann man doch nicht verschweigen!

Die Kürzungen, denen die Gemeinden ausgesetzt sind, betragen nicht so viel, wie Sie sagen. Ich darf Ihnen einige Zahlen dazu nennen: Die Gesamtuweisungen, die die Gemeinden bekommen - jetzt nicht nur im GFG -, betragen 13,3 Milliarden DM. Sie liegen um 132,7 Millionen DM unter den Zuweisungen des Jahres 1985. Das ist 1 % weniger als 1985, und diese 13,3 Milliarden DM müssen Sie zu 43,4 Milliarden DM an Steuereinnahmen in Beziehung setzen. Dann bekommen die Gemeinden jede dritte Mark von den Steuern, die wir einnehmen. Da können Sie doch nicht sagen, das sei ein ungerechter Finanzausgleich, und das Land benutze die Gemeinden als Reservekasse. Das, was Sie hier sagen, ist doch unredlich!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

(C)

(D)

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Wenn Sie sich jetzt das GFG im einzelnen ansehen: Die allgemeinen Finanzzuweisungen sind nicht gekürzt. Die Kürzungen betreffen im wesentlichen die Schulbaumittel, und auch hier werden keine Nachteile entstehen, meine Damen und Herren, weil Verpflichtungsermächtigungen vorhanden sind. Dies alles sollten Sie hier nicht verschweigen!

Zu Ihren Deckungsvorschlägen habe ich mich geäußert, Herr Kollege Stump. Wie man hier also Mehreinnahmen herbeirechnen und Zinsbelastungen verringert sehen kann, diese als sichere Posten einsetzt, gleichzeitig die Landesregierung aber anklagt, sie tue nicht genug für die Konsolidierung, und dann 342 Millionen DM mehr ausgeben will - das ist wirklich Oppositionseinmaleins, aber nicht sachgerechte Haushaltspolitik.

(Schauerte (CDU): Sehen Sie sich die Zahlen doch einmal richtig an!)

- Ganz abgesehen davon, daß Sie all die Haushaltsrisiken, die es gibt, die 748 Millionen DM wegen der Tarifabschlüsse, weglassen. Aber Gott sei Dank haben Sie ja den Haushalt auch nicht zu verantworten.

(Zurufe von der CDU)

Ein weiterer Punkt, mit dem Sie an den Realitäten vorbeigehen, betrifft, wie gesagt, die fiktiven Hebesätze. Sie schädigen hier die finanzschwachen Gemeinden, und Sie schädigen die finanzschwachen Gemeinden auch dadurch, meine Damen und Herren, daß Sie den Mehrbetrag von rund 74 Millionen DM, der sich nach Einbringung des GFG wegen der veränderten Einnahmen für die Gemeinden ergibt, nicht der Investitionspauschale, sondern den Schlüsselzuweisungen zufügen wollten. Das war ein weiterer Antrag.

(B)

Auch dieser Antrag muß doch schon deshalb abgelehnt werden, Herr Kollege Stump, weil die finanzschwachen Gemeinden dadurch geschädigt werden; denn wir wenden ja doch die Mittel der Investitionspauschale den finanzschwachen Gemeinden in dem Grad zu, in dem die Arbeitslosigkeit in dieser Gemeinde höher liegt als die Durchschnittsarbeitslosigkeit. Dadurch aber, daß Sie diese Mittel den Schlüsselzuweisungen zuwenden wollen, gleichzeitig auch noch die fiktiven Hebesätze wie im Jahre 1985 beibehalten wollen, schädigen Sie ganz bewußt die strukturschwachen Gemeinden.

Dann sagen Sie hier wenigstens, daß Sie diesen Effekt wollen, und nehmen Sie das Wort des Herrn Kollegen Wagner aus der ersten Lesung zurück, der nämlich gesagt

hat, die Opposition teile die Auffassung der Regierung bei der Vorlage des GFG, daß den finanzschwachen Gemeinden geholfen werden solle. (C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Leifert für die Fraktion der CDU das Wort.

Leifert (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den Leistungs- und Verbundsatzkürzungen in den Jahren 1982, 1983 und 1986 und nach der gerade gegebenen Vorstellung wird der Herr Innenminister, der sogenannte Kommunalminister dieses Landes, was die Kommunal Finanzen angeht, als der größte Beutelschneider aller Zeiten in die Geschichte Nordrhein-Westfalens eingehen.

(Beifall bei der CDU - Wilbusse (SPD): Pfui!)

Nach und nach, gut verteilt auf die Jahre, in denen keine Kommunal- oder Landtagswahlen anstanden, wird und wurde der Anteil der Städte und Gemeinden am Verbundsteueraufkommen von 28,5 % auf 23,0 % gekürzt. Das nennt der Herr Minister Schnoor gerade noch das Optimum für die Gemeinden.

(Stump (CDU): Hört, hört!)

Rund 2 000 Millionen DM Finanzmittel, die die Gemeinden jährlich für notwendige Leistungen an ihre Bürger und Bürgerinnen sowie für Investitionen und Aufträge an die mittelständische Wirtschaft dringend benötigen, werden so 1986 und in den Folgejahren dem kommunalen Bereich entzogen. (D)

Einer vorausschauenden, mittelfristigen kommunalen Finanz- und Investitionsplanung können die Aussagen der Landesregierung nicht gerecht werden. Diese Aussagen ändern sich ständig. Von Jahr zu Jahr wird der Verbund befrachtet oder entfrachtet, werden Verteilungskriterien, Hebesätze sowie der Zeitpunkt der Verabschiedung des GFG verändert. Kommunale Finanz- und Investitionsplanungen haben keine verlässlichen, stetigen und dauerhaften Bezugspunkte. Die Landesregierung läßt die Kommunen im Stich. Auf sie ist kein Verlaß; sie ist unglaubwürdig.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

1980 hieß es in der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Rau sinngemäß, daß die Zuweisungen des Landes an die Gemeinden im gleichen Maße steigen sollten wie die Ausgaben des Landes insgesamt. Diese

(Leifert (CDU))

- (A) Aussage wurde in den darauffolgenden Jahren schlicht und einfach nicht eingehalten. Die Fakten bestätigen das.

(Zustimmung bei der CDU)

1985 fordert derselbe Ministerpräsident Rau nach umfassenden Kürzungen 1982 und 1983 in seiner Regierungserklärung - nunmehr vorsichtiger - eine gleichmäßige Finanzentwicklung von Land und Gemeinden. Nicht mehr die Notwendigkeit der Aufgabenerfüllung der kommunalen Selbstverwaltung, sondern die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes allein wird jetzt in den Vordergrund des Finanzausgleichs gestellt. Eine finanzielle Leistungsfähigkeit, die im Jahre 8 nach der Inthronisation des Johannes Rau zum Ministerpräsidenten durch eine falsche Politik der Sozialdemokraten, der Landesregierung, des Ministerpräsidenten zerstört worden ist!

(Zustimmung des Abg. Stump (CDU))

Der Ministerpräsident hat das Land in eine äußerst schwierige finanzielle Lage manövriert

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

und will nunmehr mit dem Rollgriff in die Taschen der Gemeinden die desolote finanzielle Lage des Landes aufbessern,

(Stump (CDU): Und der Bürger! - Zustimmung bei der CDU)

- (B) um nicht in anderen Bereichen des Haushalts empfindliche Sparmaßnahmen treffen zu müssen, um einen sogenannten Konsolidierungserfolg verkaufen zu können, der keiner ist! Meine Damen und Herren, Herr Kollege Scheepers, das ist noch nicht einmal ein finanzpolitischer Dreisprung, das ist ein finanzpolitischer Eiertanz, den Sie hier aufführen.

(Scheepers (SPD): Aber einen Zehnkampf müssen Sie erst einmal bestehen!)

Nach einer Netto-Neuverschuldung von 4,5 Milliarden DM im Jahre 1978 beim Amtsantritt von Johannes Rau, nach einer Verdoppelung auf 8,9 Milliarden DM im Jahre 1982 müssen den als Erfolg verkauften 6,9 Milliarden DM im Jahre 1986 die 2 Milliarden DM hinzugerechnet werden, die Sie den Gemeinden durch die Verbundsatzkürzung abnehmen. Ohne diese Verbundsatzkürzung wäre auch für den Haushalt 1986, den Sie vorgelegt haben, eine Netto-Neuverschuldung von 8,9 Milliarden DM vonnöten. Ohne die rigorosen Kürzungen bei den Zuweisungen an

die Gemeinden ist Ihr "Konsolidierungserfolg" (C) gleich Null.

(Zustimmung des Abg. Dr. Worms (CDU))

Die von Ihnen verkaufte sogenannte Haushaltskonsolidierung ist - wenn schon eine - einzig und allein ein Erfolg des Sparwillens der Städte und Gemeinden, ein Erfolg von zahlreichen Ratsmitgliedern, Kämmerern, Stadtdirektoren und Bürgermeistern, die die notwendigen, wenn auch unpopulären Entscheidungen vor Ort getroffen haben, deren Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, nicht fähig sind. Den materiellen Erfolg der vielfältigen Konsolidierungsbemühungen vor Ort allerdings requirieren Sie nunmehr restlos für die Landeskasse.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung will finanzielle Leistungsfähigkeit - die sie selbst in der Vergangenheit durch falsches politisches Handeln und Verhalten zerstört hat - allein auf Kosten der Gemeinden erreichen. Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitiere ich aus der unabhängigen "Süddeutschen Zeitung":

Unterschiede im Wohlstand der einzelnen Bundesländer fallen nicht vom Himmel. Sie sind auch nicht gewissermaßen gottgegeben, auch nicht allein geographisch bedingt, sondern nicht zuletzt die Folge von eigenverantwortlichen Entwicklungen. Im Klartext: Wer sich den Luxus einer grundsätzlich anti-industriellen Politik leistet (D) oder zum Wandel der Strukturen in dem ihm anvertrauten Gebiet weder fähig noch willens ist, der muß auch für die Folgen seines Tuns oder Unterlassens voll eintreten. Er kann sie nicht allein jenen aufhalsen, die klüger und aktiver sind.

Treten Sie also, meine Damen und Herren von der Landesregierung und der Mehrheitsfraktionen, für die Folgen Ihrer Politik ein! Schieben Sie die Verantwortung nicht auf andere ab! Die Verantwortung für diese desolote Lage tragen nicht andere, trägt nicht der Bund, tragen nicht die Gemeinden und tragen schon gar nicht die Menschen in unserem Lande.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Abg. Henning (SPD))

Immer wieder versuchten die Landesregierung und die Mehrheitsfraktion wie heute, die Steuererleichterungen zum 1. Januar 1986 zu Unrecht als Entschuldigungsgrund für die Verbundsatzkürzung und als Ursache für die Misere heranzuziehen. Die Christlich Demo-

(Leifert (CDU))

- (A) kratische Union befürwortet das Steuererleichterungs- und Leistungsverbesserungspaket der Bundesregierung für die Familien, für Alleinerziehende mit Kindern.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Sie begrüßt das Gesamtpaket, bestehend aus Steuererleichterungen, Verbesserung des Kindergeldes für Geringverdienende, Hilfen für Alleinerziehende mit Kindern, Erhöhung des Wohngeldes

(Frau Friebe (SPD): Das vorher gekürzt wurde!)

- allein dadurch werden den Gemeinden 300 Millionen DM im Jahre 1986 erspart - sowie die Einführung eines Erziehungsgeldes.

Die daraus entstehenden Mindersteigerungen bei den Steuerzuwächsen sollten jedoch alle Ebenen - Bund, Land und Gemeinden - nach den bisher geltenden Verteilungskriterien tragen. Der vorliegende Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1986 hält das Land von der finanziellen Mitbeteiligung an der Hilfe für die Familien frei und bürdet durch Verbundsatzkürzung alle Lasten, rund 1,2 Milliarden DM, zusätzlich den Gemeinden und Gemeindeverbänden auf.

Nach der neuesten Steuerschätzung steigen die Landeseinnahmen wegen der stark verbesserten Wirtschaftslage, verantwortet durch die gute Politik der Bundesregierung, um zusätzlich 400 Millionen DM. Diesen Betrag wollte die CDU den zuvor im Haushaltsplanentwurf 1986 überproportional geschöpften Gemeinden zukommen lassen.

(B)

(Zuruf der Frau Abg. Friebe (SPD))

Es ist ein politisches Trauerspiel, daß die SPD-Mehrheitsfraktion diesen Antrag auf Erhöhung des Verbundsatzes ohne stichhaltige Gründe in den Ausschüssen abgeschmettert hat. - Weitere Anträge im Plenum erübrigen sich bei dieser Methode zu Lasten der Gemeinden leider vollkommen.

(Zustimmung bei der CDU - Scheepers (SPD): Wo war denn Ihre Deckung im Ausschuß?)

Die Senkung der Investitionszuweisungen, die Nichtbeteiligung an steigenden Steuereinnahmen, das Einfrieren der Schlüsselzuweisungen, steigende Personalkosten wegen Tarifierhöhungen, höhere Sozialhilfeleistungen wegen der angehobenen Regelsätze - Herr Scheepers nennt das Kürzungen von sozialen Leistungen -

(Zuruf des Abg. Scheepers (SPD))

stellen die Gemeinden vor große Probleme, wie der Innenminister in seinem Kommunalfinanzbericht selbst bestätigt hat. Gleichzeitig "hilft" er den Gemeinden, indem er ihnen nach den Verteilungsgrundsätzen zustehende Mittel wegnimmt. Herr Minister, auch neue Verteilungsregelungen helfen wenig, wenn man zuvor die Gesamtmasse entscheidend kürzt.

(C)

Zu Unrecht behauptet Herr Kollege Henning, Berichterstatter des Ausschusses für Kommunalpolitik, in seiner Vorlage, die Anhebung der fiktiven Hebesätze habe keine steuer-treibende Wirkung, sondern werde als Ausgleich für die wegfallende sogenannte Aufstockung II den kleinen steuerschwachen Gemeinden helfen. Dazu ist anzumerken:

Erstens: Eine Gemeinde, die zum Beispiel bei der Grundsteuer B bisher einen Hebesatz 220 hatte und ihn beibehält, erhält bei Verbesserung ihrer Steuergrundlagen etwa durch die Erhöhung der Einheitswerte um 100 000 DM im nächsten Jahr eine um 127 000 DM geringere Schlüsselzuweisung. Das gleiche gilt für die Grundsteuer A und die Gewerbesteuer. Fazit: Entweder die Gemeinde erhöht die Hebesätze oder sie steht sich bei ansteigender Steuerkraft Jahr für Jahr schlechter und fährt Finanzverluste bei den Finanzeinnahmen insgesamt ein. Deshalb hat der Finanzminister dies auch schon als solidarisches Erziehungsinstrument bezeichnet.

Die vom Land initiierten, von den Gemeinden nicht zu verhindernden Realsteuererhöhungen treffen die schon arg gebeutelten bäuerlichen Familienbetriebe, treffen Häuslebauer und Mieter, treffen mittelständische Handwerks-, Einzelhandels- und Gewerbebetriebe. Das ist von Ihnen gewollt, aber falsche Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, Beschäftigungs- und Sozialpolitik.

(D)

Zweitens zu der neuen Verteilungsregelung! Ich schicke eines voraus: Ja, wir Christlichen Demokraten wollen den tatsächlich strukturschwachen Gemeinden in diesem Lande helfen.

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Aber wir wollen Ihnen mit verfassungskonformen und richtigen Mitteln helfen. Versuchen Sie doch einmal beim Bedarf und nicht immer auf der falschen Seite anzusetzen!

(Erneut Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Abg. Scheepers (SPD))

Die neue Verteilungsregelung gleicht zwar bei bestimmten großen, teilweise struktur-

(Leifert (CDU))

- (A) schwachen, zur SPD-Klientel gehörenden Städten den Verlust durch den Wegfall der sogenannten Aufstockung II aus. Das gleiche gilt jedoch im großen und ganzen nicht für die kleinen strukturschwachen Gemeinden im Lande. Beispielhaft: Der Ausgleich wird erreicht in Duisburg, in Gelsenkirchen, in Dortmund, in Herne; er wird nicht erreicht in Goch, in Kamp-Lintfort, in Hückelhoven, in Rheden, in Greven, in Petershagen, in Marsberg und in vielen anderen Gemeinden, die gegenüber der Aufstockung II im vergangenen Jahr mit hohen Verlusten zu rechnen haben.

Die Aussagen des Innenministers und des Kollegen Henning sind in diesem Fall unrichtig.

(Zuruf des Abg. Henning (SPD))

Die gemeindefeindliche Politik der Landesregierung bewirkt Steuertreiberei, Beitragserhöhungen und Bürgerschröpfung.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Nicht die Gemeinderäte, nein, der Ministerpräsident und seine Regierung sind durch Ihre Politik direkt verantwortlich für verminderte kommunale Investitionen, für fehlende Aufträge, für Gefährdung von Arbeitsplätzen insbesondere bei den mittelständischen Betrieben vor Ort. Der Ministerpräsident und seine Regierung sind verantwortlich für Kürzung bzw. Wegfall von freiwilligen, aber dringend notwendigen Leistungen für Kindergärten, für Kindertagesstätten, für Schulen und Jugendberatungsstellen, für Jugendheime und Jugendtreffs, für Jugend- und Familienerholung und für Erziehungsberatungsstellen. Sie, meine Damen und Herren, sind verantwortlich für Kürzung bzw. Wegfall von Hilfen für Wohlfahrtseinrichtungen, für Behindertenwerkstätten, für Ausländerbetreuung, für Pflegeheime und Altenbegegnungsstätten. Sie sind verantwortlich für Kürzung bzw. Wegfall von Hilfen für Laienkulturarbeit, für Weiterbildung, für die Sportvereine, für den Breitensport und für vieles andere mehr. Sie tragen die Verantwortung und nicht die kleinen Ortsbürgermeisterlein, denen Sie diese Verantwortung von oben her zuschustern wollen. Sie wollen sich selbst die Finger nicht dreckig machen und wollen anderen die schweren und unpopulären Entscheidungen überlassen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Dem Ministerpräsidenten sollte man von dieser Stelle aus sagen: Es genügt nicht, sich

wahlwirksam mit Kindern und alten Menschen ablichten zu lassen. Hier ist geradlinige, stetige, offene und ehrliche Politik gefordert. (C)

(Sehr gut! bei der CDU)

Die Landesregierung und der Ministerpräsident tragen Verantwortung für eine verantwortungslose Politik gegenüber den Städten und Gemeinden dieses Landes. Johannes Rau trägt Verantwortung für die verantwortungslose Politik gegenüber den so liebenswerten, ideenreichen und arbeitssamen Menschen in unseren Städten und Gemeinden im Lande Nordrhein-Westfalen. Wir, Herr Ministerpräsident, werden Sie zwingen, sich dieser politischen Verantwortung zu stellen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Hofmann für die Fraktion der SPD das Wort.

Hofmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Tiraden, die wir gerade gehört haben, verlängern nur die Furche, die mit Schlamm bedeckt ist und sich durch das ganze Land zieht, und die Leute haben das Gott sei Dank auch gemerkt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ein Schwerpunkt des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1986 ist der Solidarausgleich zwischen finanzstärkeren und strukturbelasteten finanzschwächeren Städten und Gemeinden. Dieser Ausgleich ist das erklärte Ziel des Regierungsentwurfs und erklärtes Ziel der SPD-Landtagsfraktion und nicht etwa nur, wie es fälschlicherweise in der Vorlage des Kommunalpolitischen Ausschusses vom 20.02.1986 heißt, die Hilfe für kleine steuerschwache Gemeinden; denn der SPD-Landtagsfraktion ist es völlig gleichgültig, ob eine steuerschwache Gemeinde klein oder groß ist, wo sie liegt und von wem sie regiert wird; es kommt allein darauf an, daß Steuerkraft und Strukturschwächen im notwendigen Umfang ausgeglichen werden. (D)

Ich habe sowohl bei den Lesungen zum Nachtragsgesetz zum GFG 1985 wie auch in der ersten Lesung des GFG 1986 mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß auch die CDU-Fraktion für einen gerechten horizontalen Finanzausgleich eingetreten ist. Sie haben ja immer wieder ausdrücklich betont, daß Sie nicht gegen den Ausgleich zwischen finanzstärkeren und finanzschwächeren Städten und Gemeinden sind, sondern nur den Weg der Landesregierung, die Aufstockung II, für nicht gangbar und für verfassungswidrig gehalten haben.

(Hofmann (SPD))

- (A) Da Sie in letzterem recht bekommen haben, die Aufstockung II folglich auch nicht weiter verfolgt worden ist, hätte nichts nähergelegen, als groben Worten wenigstens einmal Taten folgen zu lassen. Ich habe jedenfalls aufgrund Ihrer Ankündigungen erwartet, daß Sie sich an der Suche nach einer Ersatzlösung beteiligen würden.

Spätestens seit den letzten beiden Beratungen vor den Abstimmungen im Kommunalpolitischen Ausschuß ist allerdings klargeworden, daß Sie dergleichen nie vorhatten. Ihnen geht es nämlich offensichtlich überhaupt nicht um die Sache, auch nicht um die kommunale Selbstverwaltung, sondern ausschließlich um die Auseinandersetzung mit Landesregierung und Landtagsmehrheit - um der bloßen Auseinandersetzung willen. Mein Vorredner hat das zumindest bewiesen.

Gemeinsame Ausgangslage nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs zur Aufstockung II Mitte letzten Jahres war doch, wenn ein Ausgleich zwischen finanzstärkeren und finanzschwächeren Gemeinden überhaupt gewollt war, in der Kürze der für die Aufstellung des GFG verbleibenden Zeit eine verfassungsmäßige und damit gerichtsfeste Lösung für diesen Zweck zu suchen. Dementsprechend konnte nicht auf neue Modelle, sondern nur auf das vorhandene Instrumentarium zurückgegriffen werden. Wie auch immer geartete Ergebnisse einer von Ihnen geforderten Sachverständigenkommission - die inzwischen ja beim Innenminister eingesetzt worden ist - lagen und liegen nicht vor.

(B)

Also konnte doch nur das geschehen, was geschehen ist, daß nämlich die seit Jahren vorhandenen Ausgleichskriterien des GFG für den notwendigen Ausgleich herangezogen werden mußten. Dabei handelt es sich im wesentlichen um die Anhebung der fiktiven Realsteuerhebesätze und um die im Vergleich zum Vorjahr modifizierte Regelung bei der Verteilung der Investitionspauschale. Beide sind ja bekanntlich - und da besteht auch bei der CDU überhaupt kein Zweifel - die Säulen des notwendigen Ausgleichs zwischen finanzstärkeren und finanzschwächeren Gemeinden. Hinzu kommt der Wegfall der Sockelgarantie, der einen geringfügigen, aber zusätzlichen Ausgleich zugunsten der finanzschwachen Gemeinden bewirkt. Das Ausgleichsergebnis konnte nach der zweiten Ergänzungsvorlage noch dadurch verbessert werden, daß die Investitionspauschale um nominal 73,6 Millionen DM und real um 98,3 Millionen DM angehoben wurde.

Ohne die Anhebung der fiktiven Hebesätze auf das vorgesehene Maß und ohne die struk-

turellen und quantitativen Änderungen der Investitionspauschale wäre der auch von Ihnen verbal immer wieder geforderte horizontale Ausgleich zugunsten finanzschwächerer Städte und Gemeinden also nicht möglich gewesen. Sie wußten das auch ganz genau.

(C)

Mit Ihren Änderungsanträgen zu §§ 9 und 24 im Ausschuß, mit denen Sie die Anhebung der fiktiven Hebesätze verhindern und die Investitionspauschale um 73,6 Millionen DM verringern wollten, wollten Sie also bewußt und gezielt die beiden Standbeine des Solidarausgleichs ersatzlos zu Fall bringen, ersatzlos deshalb, weil die gleichzeitige Erhöhung der allgemeinen Zuweisungen um 73,6 Millionen DM und die Anhebung der Verbundquote um einen Prozentpunkt bei der Ausgleichsproblematik überhaupt keine Entlastung bringen. Das Gegenteil ist der Fall. Der Abstand vergrößert sich, weil diese Mittel nach Ihrem Willen gerade ohne den Solidarausgleich zwischen finanzstärkeren und finanzschwächeren Gemeinden gezahlt werden sollen.

Sie können sich also nicht ans Revers heften, daß Sie Ausgleich an anderer Stelle schaffen, sondern Sie müssen sich verhalten lassen, daß Sie mit Ihren Anträgen zur Investitionspauschale und zu den fiktiven Hebesätzen im Ausschuß nicht nur die Situation der steuerstärkeren Gemeinden verbessern, sondern diese Wirkung proportional noch dadurch erhöhen, daß Sie die Verbundquote um 1 % anheben und die allgemeinen Zuweisungen um 73,6 Millionen DM aus der Investitionspauschale verstärken wollen.

(D)

Auch die Begründung, die Sie für Ihren Vorschlag vorgetragen haben, nicht die Investitionspauschale zu erhöhen, sondern das Mehraufkommen im Steuerverbund aus der veränderten Steuerschätzung von 73,6 Millionen DM den Schlüsselzuweisungen zuzurechnen, geht an dem Problem völlig vorbei. Sie haben Ihren Vorschlag damit begründet, daß sich bei Verfolgung Ihres Vorschlags der Investitionsspielraum erhöhen ließe, weil erhöhte Zuweisungsmittel im Verwaltungshaushalt den Kreditrahmen-Spielraum erweitern sollten.

Die stereotypen Begründungen für die Ablehnung der Anhebung der fiktiven Hebesätze stimmen auch nicht. Da wird immer behauptet, die Anhebung der fiktiven Realsteuerhebesätze im Finanzausgleich 1986 zwingt die Kommunen zur Steuertreiberei. Sie wissen so gut wie wir, daß die fiktiven Hebesätze lediglich eine Rechengröße im Verteilungssystem für Schlüsselzuweisungen des Gemeindefinanzie-

(Hofmann (SPD))

- (A) rungsgesetzes darstellen, die eine gleichmäßige Berücksichtigung der kommunalen Einnahmemöglichkeiten bei den Realsteuern zum Ziel hat.

Gerade weil die Kommunen in eigener Verantwortung unterschiedliche Realsteuerhebesätze festlegen können - und dies beim Finanzausgleich auch respektiert werden muß -, ist die Festlegung nivellierter Hebesätze im Finanzausgleich erforderlich, um für alle Gemeinden gleiche Vorbedingungen für die Teilnahme am Finanzausgleich sicherzustellen. So verfahren alle Bundesländer.

Daß die kommunale Hebesteuer-Autonomie bei den Realsteuern auch tatsächlich nicht eingeschränkt wird, zeigt ein Blick auf das reale Hebesatzgefälle des Jahres 1985: Die Spannweite reicht von 250 bis zu 430 Punkten. Demgegenüber betragen die Nivellierungssätze 320 bzw. 350 Prozentpunkte bei einem Einwohnerschwellenwert von 150 000. Nach wie vor liegt es also allein an der autonomen Entscheidung der Kommunen, wie sie nach örtlichem Abwägungsprozeß ihre Hebesätze festlegen wollen.

Auch der ständige Hinweis auf die Überlastung der Wirtschaft trägt nicht. Im "Handelsblatt" vom 19.11.1985 war beispielsweise nachzulesen, daß das Hebesatzniveau aller Ruhrgebietsstädte bis heute deutlich unter dem Niveau bei der Abschaffung der Lohnsummensteuer 1979 liegt, wenn man diese in Gewerbesteuerersatz-Bestandteile umrechnet. In Duisburg zum Beispiel müßte ein Hebesatz von 533 % beschlossen werden, wenn die damalige Steueranspannung inklusive Lohnsummensteuer erreicht werden sollte.

(B)

Das alles zeigt, meine Damen und Herren von der CDU, daß es Ihnen mit den Anträgen im Ausschuß in Wahrheit ausschließlich darum ging, den Solidarausgleich zwischen finanzstärkeren und finanzschwächeren Gemeinden zu Fall zu bringen. Es waren also nicht systematische Bedenken gegen die Aufstockung II, die Sie zu Ihrem erbitterten Feldzug gegen diese Regelungen veranlaßt haben, sondern die Ablehnung des Ausgleichs überhaupt - entgegen den eigenen Beteuerungen.

Seitdem das so klar geworden ist, hege ich überhaupt keine Hoffnungen mehr dahin, daß die beim Innenminister eingesetzte Sachverständigenkommission Sie in dieser Ihrer ablehnenden Haltung irgendwie beeinflussen könnte.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Über all das könnte man getrost mit der Bemerkung hinweggehen, daß die Bekenntnisse der CDU zum Ruhrgebiet nur Lippenbekenntnisse, lediglich hohle Versprechungen oder gar Heuchelei seien. (C)

(Widerspruch und Unruhe bei der CDU)

Aber so leicht will ich es mir gar nicht machen. - Herr Kollege Wagner hat in der ersten Lesung so empört reagiert, als Herr Wilmbusse lediglich ausführte, ihm sei bei einer Zugfahrt durch das Ruhrgebiet durch den Kopf gegangen, welche unterschiedlichen Ausgangslagen in den einzelnen Reviergemeinden etwa im Vergleich zu Düsseldorf durch das Gemeindefinanzierungsgesetz ausgeglichen werden müßten. Herr Kollege Wilmbusse hat damals deutlich gemacht, daß auch in den strukturbelasteten Städten Menschen mit denselben Bedürfnissen wohnen wie in Städten, denen es besser geht, und er hat gefragt, wie denn diese Menschen wohl reagieren würden, wenn sie wüßten, wie ihre Probleme von der CDU mit Schlagworten wie "Gleichmacherei", "Steuertreiberei", "Geldschröpfung" oder mit ähnlichen Ausdrücken belegt werden.

(Schauerte (CDU): "Steuertreiberei" ist doch zutreffend.)

Herr Wagner fand das böseartig. Darum wird er sich fragen lassen müssen, wie er denn heute die damaligen Anträge der CDU-Fraktion diesen Menschen gegenüber einordnen will. (D)

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mir die Mühe gemacht, eine Bewertung nachzurechnen, die dahin ging, was herauskäme, wenn man den Anträgen, die die CDU im Ausschuß für Kommunalpolitik zu den fiktiven Hebesätzen und zur Investitionspauschale gestellt hat, folgen wollte. Das Ergebnis in Heller und Pfennig, in harten DMark müßte selbst dem treuherzigsten CDU-Mitglied im Ruhrgebiet die Sprache verschlagen und die Schamröte ins Gesicht treiben.

Deswegen stellen wir fest, daß diese Anträge in der heutigen Sitzung nicht wiederholt worden sind und daß die CDU damit wohlweislich von uns gelernt hat.

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Das hätte nämlich zur Folge, daß Duisburg 17,4 Millionen DM, Dortmund 15,6 Millionen DM, Bochum 10 Millionen DM und Oberhausen 6,9 Millionen DM weniger hätten.

(Hofmann (SPD))

- (A) So geht das weiter - bis zu einer Gesamtsumme von rund 87 Millionen DM.

(Zuruf des Abg. Wagner (CDU))

- Herr Wagner, vielleicht haben Sie bei Ihren Stadtverordneten in Oberhausen einmal nachgefragt, was sich die Stadt Oberhausen nicht mehr hätte leisten können, wenn es so gekommen wäre.

Vizepräsident Frau Friebe: Her Abg. Hofmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wagner?

Hofmann (SPD): Ich bin gleich mit meinen Ausführungen fertig; dann kann er ans Rednerpult kommen.

Vizepräsident Frau Friebe: Also Sie gestatten die Zwischenfrage nicht?

Hofmann (SPD): Nein. - Ausweislich dieser Zahlen kann man Ihre Anträge im Ausschuß heute nur als eine ungeheuerliche Kampagne gegen die Vielzahl von Gemeinden im Ruhrgebiet werten - und viel schlimmer noch: als eine Kampagne gegen die Menschen, die dort wohnen. Gleichartige Lebensbedingungen für alle Bürger dieses Landes, Chancengleichheit zu schaffen, ist für eine politische Zielvorstellung mehr. Klientelwirtschaft ist nicht nur bei der Bonner Regierung festzustellen, sondern auch bei der Düsseldorfer Opposition. Die Starken stärken und die Schwachen schwächen - das ist, so wie es sich im Augenblick darstellt, ihre Devise.

(B)

Sie gleichen diesen Verlust durch eine Erhöhung der Verbundquoten nicht aus; Sie vergrößern vielmehr noch den Abstand zwischen den finanzstarken und den finanzschwächeren Gemeinden, weil Sie die zusätzlichen Mittel ja gerade ohne die von uns vorgesehenen Ausgleichskriterien verteilen wollen.

Was Sie eigentlich wollen, das müssen Sie noch erklären. Wollen Sie den Betroffenen sagen, das Opfer sei notwendig, damit eine Nivellierung stattfindet? Soll zum Schaden auch noch der Spott kommen? Hören Sie sich doch lieber einmal in den Kreisen Ihrer Partei um, die noch in der Lage sind, eine Situation erst zu analysieren und sich dann dazu zu äußern.

Sie können sicher sein, daß wir den Gleichmut, nein, die Feindseligkeit, mit der Sie den Menschen entgegentreten, die zufälligerweise in Städten und Gemeinden wohnen, die sich zu den finanzschwächeren rechnen müssen, im Lande bekanntmachen werden, damit Sie Ihre verdiente Quittung bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Beratung ist damit geschlossen. (C)

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU zu § 27 des Gesetzentwurfs abstimmen, der Ihnen mit Drucksache 10/790 - Stichwort: "Landschaftsverband - Straßenbau" - zugegangen ist. Wer für diesen Änderungsantrag der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Enthält sich jemand der Stimme? - Damit ist der Antrag bei Stimmhaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich lassen nunmehr über die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/720 abstimmen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Der Gesetzentwurf ist in zweiter Lesung angenommen.

Zur Vorbereitung der dritten Lesung ist die Rücküberweisung des Gesetzentwurfes an den Haushalts- und Finanzausschuß erforderlich. Wer dieser Rücküberweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Punkt 2 der Tagesordnung auf: (D)

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986
(Haushaltsgesetz 1986)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/450

Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/500

Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/650

Dritte Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/761

Beschlußempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 10/721 bis 10/735
zweite Lesung

Mit den Drucksachen 10/791 bis 10/817 erhielten Sie insgesamt 27 Änderungsanträge sowie mit Drucksache 10/818 einen Ent-